



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung am 03.12.2024**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 20:12 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Dr. Ulrike Wünscher	Ausschussvorsitzende, CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Udo Nistripke	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Thorben Vierkant	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Hans-Joachim Berkes	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dirk Gernhardt	Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme bis 19:55 Uhr
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme ab 17:04 Uhr
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Ferdinand Raabe	Fraktion Volt/MitBürger
Mario Kerzel	Fraktion Hauptsache Halle
Yvonne Krause	Fraktion der Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Kehr wieder
Helge Dreher	Sachkundiger Einwohner
Christian Feigl	Sachkundiger Einwohner
Andreas Godenrath	Sachkundiger Einwohner
Herrn Klaus E. Hänsel	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme ab 17:10 Uhr
Babett Hünert	Sachkundige Einwohnerin
Sven Thomas Dr.	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 19:17 Uhr
Jan Wagner	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt (GBII)
Norbert Schültke	Leiter Fachbereich Mobilität
Nico Schröter	Leiter Fachbereich Städtebau und Bauordnung
Christiane Lütgert	Leiterin Abteilung Stadterneuerung/Förderung/Finanzen
Simone Trettin	Leiterin Abteilung Stadtentwicklung/Freiraumplanung
Martin Herrmann	Leiter Abteilung Umweltmanagement und Service
Jens Otto	Leiter Abteilung Verkehrsplanung
Waldemar Roesler	Leiter Team Verkehrsentwicklung und Nahverkehr
Sarah Lange	Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Tim Kehr wieder	Fraktion der Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale)
Claudia Franke	Sachkundige Einwohnerin
Benjamin Müller	Sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten wurde von **Frau Dr. Wünscher** eröffnet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Dr. Wünscher informierte, dass folgender Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung zu nehmen ist:

TOP 7.1

Bauleitplanung, Beteiligungen im November

- **Diese Information wurde bereits im November mündlich gegeben**
- **Vorschlag: absetzen**

Weiterhin wies sie auf folgende Änderungen und Ergänzungen hin:

TOP 5.6

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 180 Große/Kleine Brauhausstraße – Abwägungsbeschluss

- **Zusammenfassende Sachdarstellung wurde ausgetauscht**
- **Hierzu liegt ein ÄA der Fraktion B90/DIE Grünen vor**
- **Behandlung unter TOP 5.6.1**

TOP 6.3

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der CDU-Fraktion zum straßenbegleitenden Radweg Magdeburger Chaussee
Vorlage: VIII/2024/00264

- **Beschlussvorschlag wurde modifiziert**
- **Mitantragsteller CDU**

Herr Rebenstorf bat die Tagesordnungspunkte 5.1 bis 5.4 bis März 2025 zu vertagen, da sich das Land noch immer in internen Abstimmungen befindet und bezüglich des Schreibens der Stadtverwaltung noch keine Antworten vorliegen.

Herr Aldag ergänzte, dass das Ministerium in der gestrigen Vorabgespräche des Landtages der Meinung war, dass das Land Sachsen-Anhalt bis zur kommenden Oberbürgermeisterwahl keine Ergebnisse vorlegen wird. Seine Fraktion wäre entscheidungsreif. Er kritisierte, dass sich das Land bisher nicht zu Wort gemeldet hat. Ein Konzept bezüglich der Bürgerbeteiligung wäre wünschenswert gewesen.

Herr Rebenstorf sagte, dass er dem Land die Chance einräumen möchte, sich in den Ausschüssen dazu zu äußern. Zudem schlug er einen gemeinsamen Ausschuss des Ausschusses für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung sowie des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung vor.

Frau Dr. Wünscher bat um Abstimmung des Vertagungswunsches.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Dr. Wünscher** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung:

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
 - 4.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 15.10.2024
 - 4.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 12.11.2024
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 43 Sonderbaufläche Justizvollzugsanstalt Halle, Posthornstraße – Aufstellungsbeschluss und frühzeitige Beteiligung
Vorlage: VII/2024/07331 **VERTAGT**
 - 5.2. Bebauungsplan Nr. 217 Sondergebiet Justizvollzugsanstalt Halle, Posthornstraße – Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VII/2024/06889 **VERTAGT**
 - 5.3. Bebauungsplan Nr. 14 Halle-Tornau, Gewerbegebiet – Beschluss über die Satzung zur Aufhebung der Satzung über das besondere Vorkaufsrecht gemäß § 25 Absatz 1 Nummer 2 BauGB
Vorlage: VII/2024/07310 **VERTAGT**
 - 5.4. Bebauungsplan Nr. 14 Halle-Tornau, Gewerbegebiet – Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses und die Einstellung des Bebauungsplanverfahrens
Vorlage: VII/2024/07311 **VERTAGT**
 - 5.5. Die Stadt Halle (Saale) beantragt die Bundesförderung aus dem Bundesprogramm Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel
Vorlage: VIII/2024/00327

- 5.6. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 180 Große/Kleine Brauhausstraße -
Abwägungsbeschluss
Vorlage: VII/2024/07168
- 5.6.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage
"Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 180 Große/Kleine Brauhausstraße –
Abwägungsbeschluss" VII/2024/07168
Vorlage: VIII/2024/00643
- 5.7. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 180 Große/Kleine Brauhausstraße -
Satzungsbeschluss
Vorlage: VII/2024/07169
- 5.8. Satzung über die Aufhebung der Entwicklungssatzung Heide Süd
Vorlage: VIII/2024/00247
- 5.9. Standortkonzept für Alttextiliencontainer auf öffentlichen Flächen der Stadt Halle
(Saale)
Vorlage: VII/2024/06794
- 5.10. Änderung der „Satzung zum Ausgleich ermäßigter Ausbildungstarife im
Ausbildungsverkehr in der Stadt Halle (Saale) - Ausgleichssatzung (AusgIS)“,
Vorlage: VIII/2024/00249
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Einrichtung zusätzlicher Parkplätze unter der
Hochstraße
Vorlage: VIII/2024/00374
- 6.2. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Salinebrücke
Vorlage: VIII/2024/00163
- 6.3. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der CDU-Fraktion zum
straßenbegleitenden Radweg Magdeburger Chaussee
Vorlage: VIII/2024/00264
- 7. Mitteilungen
- 7.1. Bauleitplanung, Beteiligungen im November
Vorlage: VIII/2024/00534 **ABGESETZT**
- 8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9. Anregungen
- 10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der
Niederschrift
- 10.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der
Niederschrift vom 15.10.2024
- 10.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der
Niederschrift vom 12.11.2024

11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragesteller 1 zur JVA

Fragesteller 1 bezog sich auf die neu geplante JVA in Tornau und fragte, wie hoch die Erschließungskosten sein werden und wer diese finanziert. Er kritisierte die langwierigen Planungen und dass in den vergangenen 12 Jahren bereits 5,2 Millionen Euro Steuergelder investiert wurden. Weiterhin fragte er, was der Neubau der JVA im Vergleich zu der Erweiterung der bestehenden JVA in der Frohen Zukunft kosten würde. Laut dem Land gibt es dazu keine Angaben. Er fragte, weshalb das Land Sachsen-Anhalt mit Steuergeldern plant, obwohl die konkreten Kosten nicht bekannt sind.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Erschließungskosten nicht durch die Stadt Halle (Saale) getragen werden. Es handelt sich um ein Bebauungsplanverfahren, bei dem die Kosten im Regelfall durch die Vorhabenträgerin (IPS GmbH) getragen werden. Bezüglich der weiteren Fragen sicherte er zu, das Land um eine schriftliche Beantwortung zu bitten.

zu 3.2 Fragesteller 2 zur JVA

Fragesteller 2 fragte, warum es nicht möglich ist, die bestehende JVA im laufenden Gefängnisbetrieb auszubauen und während des Umbaus bauabschnittsweise die Insassen auf die Anstalten Raßnitz, Volkstedt oder Burg zu verteilen. Bisherige Antworten waren, dass es zu teuer ist und eine solche Umsetzung in der Praxis nicht möglich sei. Weiterhin fragte er, welche alternativen Neubaustandorte in Halle und Umgebung geprüft worden sind und wenn ja, wie viele und mit welchem Ergebnis.

Herr Rebenstorf sicherte zu, das Land um eine schriftliche Beantwortung zu bitten.

zu 3.3 Fragesteller 3 zur Dryander Straße

Fragesteller 3 bezog sich auf die Antwort der Verwaltung zur Anfrage von Herrn Gernhardt im Ausschuss für Planungsangelegenheiten am 13. August 2024 unter Tagesordnungspunkt 9.8. Er selbst wohnt in dieser Straße und berichtete, dass in der Zeit zwischen 6:30 Uhr bis 8 Uhr, von 12 Uhr bis 13 Uhr sowie ab 15 Uhr bis 17 Uhr die Straße einer Autobahn gleicht. Die Fahrzeughalter halten sich nicht an die vorgegebene Geschwindigkeit. Er fragte, wie die Stadtverwaltung zu den Erkenntnissen in der Antwort der Verwaltung kommt.

Herr Schültke antwortete, dass die Ausweisung einer Einbahnstraße eine Anordnung im verkehrsrechtlichen Sinne ist. Die Antwort der Verwaltung ist im Wesentlichen von der Unteren Verkehrsbehörde geprüft und erarbeitet worden.

Fragesteller 3 bat um einen Hinweis an die Polizei, dass in diesem Bereich zu den genannten Zeiten Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden.

Herr Schültke verwies auf den §1 der Straßenverkehrsordnung. Er sicherte eine Weitergabe an den Fachbereich Sicherheit zu.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 4.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 15.10.2024

Es wurden keine Einwendungen zur öffentlichen Niederschrift vom 15. Oktober 2024 eingereicht, sodass diese durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 12.11.2024

Abstimmungsergebnis: vertagt

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.5 Die Stadt Halle (Saale) beantragt die Bundesförderung aus dem Bundesprogramm Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel Vorlage: VIII/2024/00327

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Vierkant wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Frau Trettin

Ich entschuldige mich schon mal für den Titel oder den Betreff, der ist mir ein bisschen durch die Lappen gegangen, darum ist er so sperrig ausgefallen. Aber vielleicht mal zur Erläuterung, was wir eigentlich machen wollen. Wir haben einen Förderantrag bereits gestellt, fristwahrend, um in dieses Förderprogramm aufgenommen zu werden. Und wir verfolgen damit das Ziel, das gesamte Gebiet, das nennt sich bei uns Giebchensteiner Dichter und Denker, also wozu auch das Riveufer, die Saale-Promenaden Giebchenstein, die Saale-Promenade Trotha, die Klausberge und eben unsere denkmalgeschützten Parkanlagen, Amtsgarten, Reichardts Garten gehören und auch noch der Heinrich-Heine-Park. Also alles das, was man auf dieser Karte da so sieht, was eigentlich so ein Naherholungs- aber auch touristischer Ankerschwerpunkt ist für die Stadt, den wir einfach heben und entwickeln wollen und wo wir jetzt die Möglichkeit haben, über diese Fördermaßnahme nochmal in den Reichardts Garten reinzugehen.

Können wir mal auf das nächste Bild gehen? Im Reichardts Garten ist es ja so, dass wir mit der Aufnahme in das Netzwerk Gartenträume 2009 hier das letzte Mal tätig waren in der Anlage. Wir haben damals diesen Aussichtspunkt oben an der Friedenstraße geschaffen und den Spielplatz erneuert. Wir haben auch damals schon versucht, den Park auch pflanzlich nochmal aufzuwerten und zu erweitern und zu ergänzen und haben auch Wegebaumaßnahmen gemacht. Mittlerweile ist es aber so, dass wir extreme Schäden in der Parkanlage haben aufgrund der zunehmenden Trockenheit durch den Klimawandel. Wir haben also seit 2018 gerade in dem Berggartenteil, also das, was man hier so als größere, dunklere Grünfläche, unten rechts sieht, massive Ausfälle. Uns fällt der Altbaumbestand in Größenordnung aus. Also man sieht jetzt wieder oben die Bebauung an der Friedenstraße, die man die letzten 100 Jahre nicht gesehen hat. Und da sind wir auch noch nicht am Ende angekommen. Wir haben noch so ein paar zurückgeschnittene Restbestände da stehen, die sich in absehbarer Zeit auch verabschieden werden. Im Talgarten unten ist es nicht ganz so gravierend, aber auch da haben wir Ausfälle. Und wir haben aber eben auf der anderen Seite auch sowas wie Erosionsschäden an den Wegen, weil bei starken Regenereignissen diese wassergebundene Decke sich in den Hanglagen immer wieder bewegt und wegspült.

Der Spielplatz ist jetzt auch mittlerweile schon fast 15 Jahre alt, also ziemlich in die Jahre gekommen. Hat auch nicht mehr ganz die originale Ausstattung, sodass wir also insgesamt hier mit diesem Antrag erreichen wollen, die Parkanlage nochmal fit zu machen für die Zukunft und auf ein wieder gutes Level zu heben.

Was wollen wir konkret machen? Wir wollen also zum einen versuchen, die Wassersituation im Park zu verbessern. Wir stellen uns Folgendes vor, und zwar die Straßenentwässerung oben in der Friedenstraße, aber eben auch in der Wittekindstraße anzuzapfen und Wasser in den Park zu leiten. Einfach, damit der Berggarten wieder stärker mit Wasser versorgt wird. Und unten in der Wittekindstraße würden wir gerne den alten Wittekindgraben, der also historisch belegt ist, für die Parkanlage wieder aufmachen und auch so mehr Wasser in den Park reinbekommen. Weil nur dann haben wir überhaupt eine Chance, Schritt Nummer zwei zu machen, nämlich eine klimawandelangepasste neue Artenzusammensetzung und neue Pflanzung im Berg- und auch im Talgarten wieder zu etablieren.

Also wir brauchen im Berggarten ansonsten nicht anfangen, wieder Bäume zu pflanzen. Das hat keine Aussicht auf Erfolg. Wir werden uns auch hier mit der Denkmalpflege auseinandersetzen, dass wir andere Artenpflanzen als ursprünglich im Park jetzt beheimatet waren, weil die, die fallen ja nicht ohne Grund aus, die wir da heute stehen haben. Und auch das wird eben nochmal im Vorfeld einer neuen Ergänzung oder Überarbeitung der denkmalpflegerischen Rahmenkonzeption für diese Anlage bedeuten. Und natürlich wollen wir auch die Schäden, die der Park jetzt hat, im Wegebereich und auch noch im

Treppenbereich erneuern und auch den Spielplatz wieder etwas ergänzen und fehlende oder bestätigte Ausstattung nacharbeiten.

Insgesamt sind es hier 1,4 Millionen, die wir nochmal in die Parkanlage stecken wollen. Die Förderquote ist hoch, wir haben 85 % Förderung, sodass das für die Stadt an Eigenmitteln nur gute 200.000 Euro bedeuten würde. Wir sind bereits über die erste Stufe drüber, also wir haben bereits eine vorläufige Bestätigung, dass wir in der förderwürdigen Aufnahmeliste drauf sind. Wir haben das erste Koordinierungsgespräch mit dem Bund bereits hinter uns und müssen aber, um die zweite Stufe zu erreichen, jetzt von Ihnen diesen Grundsatzbeschluss haben, dass Sie das wollen, weil die Eigenmittel der Stadt, über die Sie auch befinden und bestimmen müssen, natürlich da bereitstehen müssen und gesichert sein müssen. Im Haushaltsplan ist das bereits vollkommen hinterlegt. Und wenn wir den Zuschlag bekommen sollten, müssten wir bis 2028 ungefähr fertig werden.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Frau Trettin. Gibt es Fragen, Wortmeldungen dazu? Herr Dreher, dann Herr Nistripke. Ja, Herr Raabe. So, und Herr Aldag. Also dann fangen wir an mit Herrn Dreher, Sie habe ich als erstes gesehen. Bitte.

Herr Dreher

Ja, zunächst muss ich sagen, ich habe mich ganz am Anfang ein bisschen gewundert, welche Prioritäten man setzt, wenn man von Klimaanpassung im urbanen Raum spricht. Da sehe ich sicherlich andere, wichtigere Standorte, Stichwort Brauhausstraße, aber dann geht man da in den Park rein. Bei näherem Hinlesen hat mir das da doch ganz gut gefallen, aber was ich sagen muss, klimaangepasste Pflanzen, und das stört mich ein bisschen, dass ihr jetzt mit Ziergehölzen hier arbeiten wollt, so stand es zumindest drin, dass ihr hier auch Ziergehölze pflanzen wollt, oder ich weiß nicht, ob sich das auf Stauden bezieht, auf jeden Fall stand dieser Begriff da drin. Und wir haben genug einheimische Pflanzen, die damit klarkommen, also das ist Ahorn, Berg, Winterlinde, Bergulme, Esche, die gehören zu diesen Hangschluchtwäldern, das ist eine Vegetationseinheit. Wir haben hier sowas Ähnliches vorliegen für den kontinentalen Raum, also die würden das auch schaffen. Bitte versucht, wir haben nämlich nicht nur ein Klimaproblem, ich sage das immer zum wiederholten Male, sondern auch ein Artenschutzproblem, und die Ziergehölze, da kann unsere einheimische Fauna eigentlich nicht viel mit anfangen. Also dann lieber einheimische Bäume pflanzen. Und an den Altbeständen würde ich mir auch wünschen, Fledermauskästen aufzuhängen, oder irgendwas auch mal für den Artenschutz zu tun, wenn wir gerade dabei sind. Danke.

Frau Dr. Wünscher

Frau Trettin, möchten Sie darauf antworten?

Frau Trettin

Würde ich gerne darauf antworten. Also es ist so, dass nicht alles, und gerade der Bergahorn ist ein ganz schlechtes Beispiel für klimaangepasste oder zukunftsfähige Baumarten. Aber zum Beurteilen sind wir nicht alleine unterwegs, sondern wir versuchen jetzt, mit Herrn Dr. Klotz vom Helmholtz-Zentrum uns auch nochmal richtig eng abzustimmen. Und es ist nicht das Ziel, alle Arten oder sämtliche heimischen Arten aus diesen Anlagen zu verdrängen mitnichten. Also wir sind genauso unterwegs, wir versuchen den heimischen Bestand natürlich bevorzugt zu halten und auch wieder zu platzieren. Aber wir wissen auch, dass nicht alle Arten das unter unseren heutigen Bedingungen noch schaffen werden. Also es macht aus unserer Sicht eben keinen Sinn, zu 100 % wieder an dem Ursprungsbestand festzuhalten, weil das nicht funktionieren wird. Wir sind aber eben dabei, genau das jetzt in diesem Verfahren auch in der denkmalpflegerischen Rahmenkonzeption, die wir ja noch aufstellen oder erneuern müssen, auch mit der Denkmalpflege auszuhandeln und uns suchen uns dazu eben auch diese fachliche Begleitung und Unterstützung. Das ist so das Wesentliche eigentlich. Und es geht natürlich

auch um Ziergehölze, aber es geht vor allen Dingen auch um den Baumbestand.

Frau Dr. Wünscher

Herr Dreher, sind Ihre Fragen beantwortet? Okay, gut, dann habe ich auf meiner Liste Herrn Nistripke stehen. Herr Nistripke, bitte.

Herr Nistripke

Ja, der Reichardts Garten ist ja vor 15 Jahren angefasst worden sozusagen und jetzt nach 15 Jahren sind wieder Großflächenmaßnahmen nötig. Da ist natürlich die Frage, es sind ja auch nicht nur die Baumschäden, sondern auch Wege, Vandalismusschäden und so weiter. Wie kann man verhindern oder wie ist die Betreuung des Gartens sozusagen in der Zeit zwischendurch, dass er nicht wieder in 10 oder 15 Jahren wieder auf der Matte steht, dass man also versucht, durch Betreuung, Pflege das Ganze auch nach dieser Maßnahme sozusagen dauerhaft, nachhaltig sozusagen instand zu halten. Vielen Dank.

Frau Dr. Wünscher

Frau Trettin, bitte.

Frau Trettin

Also es ist so, dass wir damals 2009 nicht den gesamten Park erneuert und saniert haben, sondern im Wesentlichen die Bereiche, die damals extrem schadhaft waren. Das, was wir damals gemacht haben, mit Ausnahme einiger Wegeabschnitte, ist auch noch in einem sehr guten Zustand. Also die Treppenanlagen, der Aussichtspunkt oben an der Friedenstraße ist alles top. Wir haben damals eine Treppe nicht mitgemacht, die ist diejenige, die wir heute zwingend machen müssen, weil die abgängig ist. Und wir haben es damals nicht geschafft, den Zugang von der Wittkindstraße barrierefrei zu machen. Also da sind immer noch diese zwei Stüfchen drin. Das würden wir gerne mit beseitigen. Und ansonsten ist es immer ein sehr hehres Aushandeln mit der Denkmalpflege, welche Belagsarten man in einem solchen Park dann machen darf und welche nicht. Das werden wir sehen, wie weit wir da kommen, inwieweit die jetzt auch innovativen neuen Methoden für eine wassergebundene Decke mittlerweile in anderen großen Parkanlagen schon getestet haben, die auch funktionieren, also wo es auch belastbare Ergebnisse gibt, dass die langfristig funktionieren. Da sind wir nochmal ganz gespannt, was da so bei rumkommt.

Und natürlich ist es so, dass diese Parkanlagen der Pflege bedürfen, das ist unstrittig. Das bestimmen sie jedes Jahr selber auch mit dem Budget, was sie in dem Haushaltsplan uns zur Verfügung stellen. Ja, aber man muss es auch ehrlich sagen, die Parkanlagen werden schon durch den Fachbereich Umwelt oder durch die Abteilung Grünflächen besonders auch betreut. Also das ist jetzt nicht die klitzekleine hinterletzte Grünfläche, sondern die sind sich auch da schon bewusst, dass die einen gewissen Rang haben und auch eine gewisse Bedeutung haben.

Frau Dr. Wünscher

Herzlichen Dank, Frau Trettin. Als nächstes auf meiner Liste Herr Raabe, bitte.

Herr Raabe

Ja, vielen Dank. Meine Frage bezieht sich darauf, dass in der Vergangenheit mal im Raum stand, dass beispielsweise auch der Amtsgarten von diesem Förderprogramm mitentwickelt werden soll. Da wäre nur die Frage, ob das noch angedacht ist oder wie da der Stand der Dinge ist.

Frau Dr. Wünscher

Frau Trettin, bitte.

Frau Trettin

Wir haben den Amtsgarten mit beantragt, haben aber da eine Ablehnung bekommen.

Frau Dr. Wünscher

Dann Herrn Thomas auf meiner Rednerliste. Herr Thomas, bitte.

Herr Dr. Thomas

Also zunächst mal danke, dass Sie diesen Schwerpunkt so gesetzt haben. Ich finde das wirklich gelungen, wenn man schon die Wahl hat zwischen den Gärten. Dann ist der Reichardt Garten sicherlich ein guter Ansatz. Es ist jetzt auch natürlich so, dass diese Landschaftsgärten des 19. Jahrhunderts einfach eine Lebensdauer haben. Und irgendwann sind die Bäume so alt, dass sie dann auch umfallen. Ob man das jetzt Klimawandel nennt oder nicht, ist egal. Aber wenn das Geld für den Klimawandel bereitgestellt wird, dann muss man das natürlich auch möglichst mitnehmen. Ja, mir würde nur daran liegen, dass der Charakter dieses Englischen Gartens auch erhalten bleibt. Weil das ist wirklich eine einzelne Stelle für ein großes Thema.

Also Ende des 19. Jahrhunderts sind viele solcher Gärten in Sachsen-Anhalt angelegt worden, auch schon etwas davor. Also Dessau, Wörlitzer Gartenreich, wenn Sie daran denken. Und überall stellen sich jetzt die gleichen Probleme. Ich weiß, dass zum Beispiel in Wörlitz sehr intensiv darüber nachgedacht wird, mit welchen Bäumen man da jetzt einsteigt in diesen Garten. Und die wären sicherlich auch bereit, da ihr Wissen weiterzugeben. Also insofern, ich finde das toll, dass dieses Konzept hier in Halle jetzt vielleicht realisiert werden kann. Und ich denke, das wird auch wirklich zur Bereicherung der Stadt beitragen. Hoffen wir mal, dass die anderen Gärten dann folgen können.

Frau Dr. Wünscher

Das war mehr ein Statement, keine Frage, Herr Thomas, aber trotzdem. Dann auf der... Herr Aldag.

Herr Aldag

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich kann da gerade nahtlos erstmal anknüpfen. Klar, wenn man nur die Gärten betrachtet, hätte ich auch sicherlich die Priorität bei Reichardts Garten da gezogen. Aber ich würde nochmal auf Herr Dreher eingehen wollen. Mir ging es tatsächlich auch so, insgesamt nochmal zu gucken, ist das die richtige Priorität, wenn wir an Klimaanpassung rangehen. Und ich sage das diesbezüglich auch, weil wir ja 2023 mal auch einen Stadtratsbeschluss erwirkt haben, wo es darum ging, die Umsetzung der Maßnahmen im Grün- und Freiraumkonzept in dieses Programm mit reinzubringen. Das wurde nicht umgesetzt. Von daher würde ich nochmal nachfragen, weil wir da nie so richtig Klarheit darüber bekommen haben, wieso man sich dann als Stadtverwaltung eigentlich nicht dem Beschluss gefolgt ist, sondern letztendlich für den Garten entschieden hat.

Das wäre einfach nochmal, dass es vollständig ist, dass wir da eine Klarheit haben. Ansonsten, denke ich, ist das Vorhaben durchaus richtig, Reichardts Garten da in Angriff zu nehmen. Das ist eine wichtige innerstädtische Grünfläche und wir wissen, wie wichtig innerstädtische Grünflächen sind, gerade im Zuge des Klimawandels, es wird immer wärmer und wir brauchen dann natürlich auch einen funktionierenden Park, funktionierende Grünflächen mitten im entsprechenden Baumbestand, deswegen sehen wir das durchaus als eine gute und wichtige Maßnahme.

Ich würde einfach bitten, das ist ja so ein bisschen auch, ich sage mal, die erste Klimaanpassungsmaßnahme, die wir in unseren historischen Gärten vornehmen. Dass sie uns vielleicht ein bisschen auf dem Weg dorthin mitnehmen, also dass wir nicht erst irgendwie dann wieder beim Baubeschluss irgendwie das fertige Projekt da liegen haben, dass man vielleicht zwischendrin immer mal so eine Zwischenmeldung als Mitteilung einfach, wo steht man gerade, wie funktioniert das mit den neuen Baumarten, das wäre vielleicht noch eine Idee, dass man reinbringen könnte. Wobei, wenn ich das sage, auch überlege, ob das nicht auch im Umweltausschuss eigentlich gehört.

Frau Trettin

Kommt es noch.

Herr Aldag

Vielleicht können Sie insgesamt zu der Planung uns da ein bisschen mitnehmen, weil das glaube, ich bei so einem Bauvorhaben nochmal wichtig ist, weil es eben so erstmalig ist, wie wir da mit unseren historischen Gärten umgehen. Immer mal mit einer Mitteilung vielleicht hier reinkommen, muss nicht jedes Mal sein, jeden Monat, aber mal in so regelmäßigen Abständen, mal alle Vierteljahre, je nachdem wie das in der Planung dauert. Danke schön.

Frau Dr. Wünscher

Frau Trettin.

Frau Trettin

Dann vielleicht nochmal zu der Frage, warum wir uns jetzt mit Amtsgarten und Reichardts Garten beworben haben. Das ist dieses Problem, was ich schon mal so ein bisschen angesprochen hatte. Der Bund und der Fördermittelgeber kommt immer mit acht Wochen Vorlauf, also man hat acht Wochen Zeit ungefähr, um seine Anträge vorzubereiten und hat einen Stichtag, den man einhalten muss, um die Anträge einzureichen. Das bedeutet für uns immer, wir haben eigentlich nur die Chance, da mit vorbereiteten Ideen, und man muss über die Ideenphase eigentlich schon sehr weit hinaus sein. Also man muss schon eine Maßnahmenbeschreibung haben, man muss wissen, was man da machen will, man muss eine Kostenschätzung haben, weil alles das muss man zum Antrag bereits mit einreichen. Ich brauche etwas, was bereits im Haushaltsplan hinterlegt ist, weil ich muss mit der Antragstellung nachweisen, dass die Eigenmittel verfügbar sind, sozusagen.

Das Einzige, warum wir jetzt hier erst kommen, ich darf den Grundsatzbeschluss des Stadtrates, den darf ich nachreichen. Aber die Haushaltsbestätigung, also die Sichtbarkeit, dass diese Mittel im Haushalt tatsächlich geplant sind, das muss ich bei der Antragstellung bereits nachweisen. Das ist für uns in den meisten Fällen schlicht unmöglich, weil wir so viel Vorlauf gar nicht erzeugen können. Hier hatten wir nur das Glück, dass wir die beiden Gärten ja schon versucht haben, in andere Programme reinzubringen und da abgelehnt wurden, die aber damit schon im Haushaltsplan hinterlegt waren. Ansonsten hätten wir dieses Förderprogramm überhaupt nicht bedienen können und hätten hier gar keinen Antrag stellen können. Das ist auch der Grund, warum wir mit den Maßnahmen aus dem Grün- und Freiraumkonzept uns jetzt hier nicht beworben haben. Das ist einer der Gründe.

Der andere Grund ist, dass die spezifische Ausrichtung dieses Förderprogramms für diese Gartenplanung, die wir da jetzt vorhaben, viel besser passten. Also die Chance, mit diesem innovativen Bewässerungssystem und wieder Freimachen, Offenlegung eines Grabens und so weiter, das war wie die Faust aufs Auge auf das, was in der Richtlinie als förderwürdig betrachtet wurde. Da wären wir mit einer, ich sage jetzt mal, schnöden Straßenbaumpflanzung wahrscheinlich nicht zum Zuge gekommen, weil das nicht innovativ genug ist.

Der Bund fördert also immer so Anschubmaßnahmen, Innovationen, um mal so einen Auftakt zu bringen. Die sind leider noch nicht da, dauerhafte, also immer wieder gleiche Maßnahmen dauerhaft verlässlich fördern zu wollen. Und das ist so ein bisschen die Krux, die wir haben, und aus dem Grund haben wir uns halt für Reichardts Garten entschieden.

Frau Dr. Wünscher

Herzlichen Dank, Frau Trettin. Jetzt hatte ich einen Vierkant gesehen.

Herr Vierkant

Vielen Dank. Ja, wie Herr Dr. Thomas schon sagte, wenn wir hier über das Programm Anpassung an den Klimawandel Geld kriegen, um diesen Garten zu sanieren, ist das ja schön. Das Konzept klingt interessant. Ich finde es schade, dass man wieder innenstadtnah einen Spielplatz erneuert, statt in den dörflichen Randlagen einen neuen zu bauen. Ich finde es auch schade, dass man, oder ich finde es überlegenswert, ob man nicht stattdessen auch mal in den Randgebieten wie Silberhöhe mal für irgendwelche waldähnlichen Gebiete mal erneuert, anstatt halt wirklich wieder innenstadtnah alles schönzumachen. Es gibt immer so ein bisschen Konflikte in der Stadt. Meine Frage wäre, Sie schreiben ja Vandalismus und Infotafeln, beziehungsweise Denkmäler, die sollen gereinigt werden, beziehungsweise als Schäden beseitigt werden. Können Sie ungefähr einschätzen, welchen Teil der Kosten das ausmacht von den 1,4 Millionen? Weil natürlich ist klar, das sind Reinigungsarbeiten, die einen Tag halten und zwei Tage später ist wieder alles verdreckt. Da wäre die Frage, was wir da an Kosten ausgeben.

Frau Dr. Wünscher

Frau Trettin.

Frau Trettin

Vielleicht nochmal ein Wort oder eine Anmerkung dazu zu den anderen förderwürdigen Geschichten in den Randbereichen, gerade Spielplätze in den Randbereichen. Nur mal zur Info, in den Raum gestellt schon mal. Da sind wir über das LEADER-Programm, bzw. die Bürgerinitiativen vor Ort sind über das LEADER-Programm mit unserer Unterstützung jetzt erfolgreich gewesen. Wir werden also in Kanena und in Lettin zukünftig über das Förderprogramm LEADER Spielplätze realisieren können. Wir hoffen auch noch, dass wir Tornau mit reinbekommen in einer zweiten Runde, also erstmal dazu. Und auch Wald in der Silberhöhe ist in der Entwicklung inbegriffen, weil wir über ein anderes Förderprogramm, der Fachbereich 67, erfolgreich war und da die Umwandlung der Haine in Waldflächen gefördert bekommt. Was war jetzt die eigentliche Frage? Sorry.

Herr Vierkant

Die Kosten für die Vandalismusschäden und Graffiti und dergleichen.

Frau Trettin

Das ist also ein sehr verschwinden kleiner Betrag nur, weil die Tafeln haben wir schon entwickelt, es stehen auch noch tatsächlich welche unbeschädigt da, aber zwei von diesen sehr schönen Erklärtafeln, die wir zu den Gartenträumen 2009 damals entwickelt haben, sind jetzt so stark beschmiert, dass man sie nicht mehr lesen kann. Wir müssen also keine neuen erfinden, wir würden die nur mal wiederherstellen, das ist eine Größenordnung von 1.000 bis 2.000 Euro, das ist also nicht die Welt.

Frau Dr. Wünscher

Herzlichen Dank. Dann Herr Godenrath.

Herr Godenrath

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielen Dank, Frau Tettin, dass Sie sich hier den Fragen stellen. Ich hätte zwei Fragen. Bezogen auch auf die Antwort auf Herrn Aldag, das, was Sie ganz am Anfang gesagt haben, das ist so ein bisschen untergegangen. Da haben Sie gemeint, wir würden, wenn ich es richtig verstanden habe, irgendwie eine Wasserleitung anzapfen, um dort Wasser, ich sage mal, in den Reichardts Garten zu führen. Nicht, dass da vielleicht Missverständnisse entstehen, weil die nächste Frage wäre dann dahingehend, Sie wollen einen Graben öffnen, der früher mal dort gewesen ist. Jetzt ist die Frage, inwieweit der wasserführend wäre und wie weit würde der möglicherweise das Wasser, was man auf der einen Seite reinlaufen lässt, wieder abführen. Einfach nur zum Verständnis, nicht, dass da Missverständnisse entstehen. Danke.

Frau Dr. Wünscher

Frau Trettin.

Frau Trettin

Also wir wollen keine Wasserleitung anzapfen, sondern wir wollen die Straßenentwässerung anzapfen. Also die Friedenstraße, die Nebenbereiche auf jeden Fall und wahrscheinlich aber auch die Straße selber, das muss noch geprüft werden, so weit sind wir ja noch nicht, sind von der Belastung her, weil wenig Fahrverkehr jetzt, also keine vierspurige Straße mit Lkw-Verkehr, so händelbar auch in der Schadstoffvorfilterung sozusagen, dass man das Regenwasser, was da kommt, tatsächlich in die Parkanlage einleiten kann. Wir stellen uns dann davor, das ist jetzt ein bisschen böse jetzt gesagt, der Hang ist aber eben fast kahl. Wir können also zum jetzigen Zeitpunkt tatsächlich gerade mit Rigolen da wahrscheinlich arbeiten drin und das Wasser in der Fläche auf dem Hang verteilen. Aber das ist ja das zweite Thema. Auch da sind wir noch ganz gespannt, was da an tatsächlichen Ideen und technischen Lösungen kommt. Aber vom Grunde her ist es der perfekte Zeitpunkt, um sowas mal zu machen in der Parkanlage. Wenn der Hang noch stärker bewaldet wäre, könnte man es nicht machen, weil man die Bestandsbäume zu stark schädigen würde. Aber jetzt wäre das gut. Wir werden auch versuchen, von dem, was an Jungbäumen da schon hochgekommen ist, die mitzubersichtigen und sozusagen den Standort angepassten Nachwuchs auch mitzubetrachten und zu erhalten.

Und unten im Wittekindgraben ist das genauso. Da würden wir uns auch an die Straßenkanalisation, also an die Straßenentwässerung ranklemmen und sozusagen den Graben, der früher nämlich mal die Straßenentwässerung war, genau dafür wieder nutzen, den in den Park rein wiederherstellen und am Ende sozusagen aber wieder in die Straßenentwässerung, dann aber eben in der Seebener Straße wieder einbinden. Also wenn mal tatsächlich bei Starkregenereignissen viel Wasser kommt, muss man sich jetzt nicht vorstellen, dass der Park dann da unten absäuft, sondern das geht hinten dann im Überlauf wieder in die Kanalisation.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Frau Trettin. Jetzt habe ich Herrn Feigl auf der Rednerliste.

Herr Feigl

Danke schön, Frau Vorsitzende. Ich komme nochmal zur Genese zurück, weil das hat mich jetzt nicht ganz überzeugt, Frau Trettin, was Sie dort ausgeführt haben. Also bei der ersten Idee, sich für das Projekt zu bewerben, gab es einen Änderungsantrag im Stadtrat, der auch so beschlossen wurde, dass sie stattdessen sich auf die Gärten mit dem grünen Konzept bewerben sollten. Das ist Beschlusslage. Und sie haben sich anders entschieden. Jetzt haben sie das versucht, ein bisschen zu begründen. Ich glaube, dass das, was sie uns damals vorgestellt haben zum Grünkonzept der Altstadt, dass das eine ähnliche Reife in der Konzeptfassung hatte wie das, was sie haben für die Gärten. Von daher finde ich das nicht ganz nachvollziehbar, warum sie dann umgeschwenkt sind. Und vor allem finde ich es nicht nachvollziehbar, warum es keine Kommunikation zwischendurch passiert ist.

Also im Grunde genommen haben sie, ich muss jetzt nochmal einschieben, natürlich liegt mir der Park auch sehr am Herzen. Ich bin da aufgewachsen um die Ecke und natürlich finde ich das toll, dass wir an dieser Stelle investieren, aber im Grunde genommen haben wir was Anderes in der letzten Wahlperiode beschlossen und keine Informationen gehabt, warum und weswegen sozusagen davon abgewichen wurde. Und das irritiert an dieser Stelle. Von daher muss ich die Kommunikation an dieser Stelle ein wenig rügen.

Frau Dr. Wünscher

Frau Trettin.

Frau Trettin

Also zum einen ist es so, dass wir natürlich unser Grün- und Freiraumkonzept gerne auch umgesetzt sehen wollen. Ich denke, da sind wir uns ja einig, sonst hätten wir uns ja die Mühe nicht gemacht. Wir haben, das ereilt sie dann aber eben erst im Februar, auch hier Maßnahmen in einem anderen Förderprogramm beantragen können. Und zwar haben wir den Marktbrunnen, die Machbarkeitsstudie für den Schülershof und die Bebel-Straße, Baumpflanzung der Bebel-Straße jetzt beantragt. Wir werden dazu noch über andere Mittel, die wir aus anderen Quellen noch generieren oder umlagern können, auch den Domplatz und den kleinen Platz an der Ulrichskirche mit realisieren können, zeitnah sogar. So, das war also da ein ganzer Teil, also zumindest die Maßnahmen, wo wir einen guten Anarbeitungsstand auch hatten, auch aus dem Grün- und Freiraumkonzept Altstadt jetzt in eine Umsetzungsschiene, hoffen wir, dass wir die da reinkriegen. Also es ist immer so, da sind wir noch nicht ganz so weit, da wissen wir noch nicht tatsächlich, ob wir eine Zuwendung bekommen können oder nicht. Aber wir haben die Anträge gestellt. Es ist also nicht so, dass wir diese Maßnahmen hinten runterfallen lassen und nicht mehr betrachten.

Das Problem, was wir haben, das hatte ich ja schon ein bisschen angedeutet, zum Beispiel hier für Reichardts Garten. Die Abgabefrist dafür für die Antragstellung war am 15.08. Ich kann in der Sommerpause, also ich habe acht Wochen Zeit maximal, da ereilt uns dann irgendwann der Förderaufruf und wir laufen dann los und versuchen das irgendwie auf die Reihe zu kriegen. Und bei dem Umfang, was wir da an Leistungen reinbringen müssen und in der Sommerpause noch dazu, ich weiß nicht, wann ich da den Stadtrat noch beteiligen soll. Das ist einfach bei der Konstruktion, so wie die Antragsunterlagen jetzt gemacht werden müssen, ein schlichtes Unding für uns. Das ist unmöglich. Wir sind heilfroh, wenn wir zum Stichtag die Unterlagen nach Magdeburg oder nach Berlin oder wohin auch immer befördert bekommen. Wir haben wirklich ein Problem. Wir finden das auch selber total unbefriedigend, aber ich kriege es anders gar nicht mehr hin. Also ich kann mich jetzt entscheiden, eine Antragsunterlage zu fertigen oder eine Beschlussvorlage für den Stadtrat oder eine Mitteilung für den Stadtrat. Beides kriege ich nicht parallel hin. Das ist aussichtslos. Wir beteiligen sie so schnell es irgend geht und das sind jetzt eben diese Grundsatzbeschlüsse, die wir Ihnen vorlegen.

Frau Dr. Wünscher

Danke Frau Trettin und jetzt Herr Berkes, bitte.

Herr Berkes

Ja, Frau Vorsitzende, Frau Trettin, mir geht es in einem Punkt wie Herrn Feigl. Ich bin auch da geboren und groß geworden und deshalb liegt mir das natürlich auch am Herzen. Aber das ist nicht das entscheidende Argument. Also wir denken, dass das, was Sie jetzt hier getan haben, was Sie hier vorgestellt haben, das Konzept, das Vorhaben, das finden wir gut, das befürworten wir. Wir finden auch die Förderquote sehr hervorragend. Wir vertrauen da in der Richtung der Verwaltung und wir stimmen dem Vorhaben uneingeschränkt als CDU-Fraktion zu. Danke.

Frau Dr. Wünscher

Ja, Herr Vierkant.

Herr Vierkant

Ganz kurze Nachfrage noch, die mir gerade einkam. Im unteren Bereich, also da, wo jetzt gerade weniger Bäume sind, gibt es in meiner Sicht noch ein relativ großes Problem, in Anführungszeichen, mit Maulwürfen. Gibt es da irgendwelche Überlegungen, dass man sowas anpacken kann, oder wird das einfach bleiben, dass Sie da entsprechend das alles aufwühlen und ständig zu pflegen ist?

Frau Trettin

Das wird vermutlich so bleiben.

Frau Dr. Wünscher

Jetzt sehe ich niemanden mehr. Oder doch, bitte. Herr Gernhardt.

Herr Gernhardt

Ja, vielen Dank. Ich habe jetzt mal bis zum Ende gewartet, weil ich kann mich jetzt den Ausführungen vom Kollegen der CDU anschließen. Also wir unterstützen das auch. Deswegen frage ich jetzt zum Abschluss noch was anderes, was gar nicht hier auf dem Plan ist, aber auf dem großen Übersichtsplan. Vielleicht können wir dazu mal was erfahren. Da gibt es nämlich einen Fahrradsteg an den Klausbergen. Ich weiß nicht, wie der da hingekommen ist, aber uns wird das mal interessieren. Vielleicht können Sie mal, also da oben, diese blaue Stelle bei den Klausbergen, da steht Fahrradweg-Steg. Das würden wir begrüßen, aber wir würden auch gern was dazu erfahren.

Frau Dr. Wünscher

Ja, wer möchte dazu? Frau Trettin?

Frau Trettin

Guckt sich doch jemand die Pläne richtig an. Das kommt aus dem ISEK heraus. Also wir hatten im integrierten Stadtentwicklungskonzept damals ja auch Bürgerbeteiligung und Fachverbände sowas beteiligt. Und einer der Wünsche damals war auch, die Klausberge für Radfahrer sozusagen besser querbar zu machen. Also die, die fit sind, klemmen sich ihren Radlader da irgendwie unter den Arm und tragen das da rüber. Die, die nicht so fit sind, fahren außen auf der Seebener Straße lang, was jetzt nicht so toll ist. Und eine Überlegung, die wir damals auch schon haben prüfen lassen, ob es grundsätzlich denkbar wäre, bevor wir sowas in so einen Plan reinmalen, ist eben eine am Bergfuß sozusagen vorgelagerte Steganlage, die auf relativ Nullniveau unten kurz über der Wasserlinie, natürlich auch immer bei Hochwasser absaufend, dann eine radfahrtaugliche Querung der Klausberge ermöglichen würde. Also das ist eine neue Idee, die ist nicht unrealistisch, wird aber einen

Kostenaufwand bedeuten und die konnten wir noch nicht verwirklichen.

Frau Dr. Wünscher

Noch eine Nachfrage, Herr Gernhardt?

Herr Gernhardt

Vielen Dank. Ja, nur eine Nachanmerkung. Das wäre natürlich, also prinzipiell wäre eine sehr schöne Idee, wie wir finden, weil das natürlich nicht nur für Radfahrer was Sinnvolles wäre, sondern auch für Menschen mit Rollstühlen, mit Kinderwagen etc. pp. Also, ja.

Frau Dr. Wünscher

Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ah doch, bitte.

Frau Hünert

Ich habe nur eine Nachfrage zu einem Nebensatz, denn Sie sagten, als es jetzt hier drum ging mit den Mitteln und den Eigenmitteln, die sind glücklicherweise schon im Haushalt hinterlegt. Sagten Sie das auch für den Amtsgarten? Also habe ich das richtig verstanden? Ist für den Amtsgarten schon ein Puffer im Haushalt, falls wir da in eine Förderung reinkommen?

Frau Trettin

Da bin ich jetzt momentan zum Stand des Amtsgartens überfragt. Also wir wissen ja schon, dass wir mit dem Amtsgarten nicht mehr reinkommen. Und ich kann jetzt nicht beschwören, ob der noch existiert im Haushaltsplan oder ob wir das schon bereinigen konnten, bevor der Entwurf jetzt durch war. Da muss ich die Hände heben. Das habe ich nicht mehr auf dem Schirm.

Frau Hünert

Dann würde ich das mal als Frage an die Verwaltung reinnehmen.

Frau Dr. Wünscher

Ja, das kann ja vielleicht dann schriftlich beantwortet werden und dann mit ans Protokoll gehängt werden. Jetzt noch mal die Frage, gibt es noch weitere Anfragen zu dieser Beschlussvorlage? Das sehe ich nicht. Dann können wir jetzt zur Abstimmung kommen.

Zuerst die sachkundigen Einwohner bitte. Wer dieser Beschlussvorlage sozusagen ein positives Votum erteilen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Ja, wer ist dagegen? Wer enthält sich? Eine Enthaltung, dann ist das Ganze einstimmig so bestätigt worden von den sachkundigen Einwohnern. Jetzt die Stadträte bitte. Wer kann diese Beschlussvorlage zustimmen? Den bitte ich um das Handzeichen. Und wer ist dagegen? Wer enthält sich? Bei drei Enthaltungen, aber dann ist auch dieser Beschlussvorlage einstimmig angenommen. Und herzlichen Dank, Frau Trettin, für Ihre Ausführungen.

-Wortprotokoll Ende-

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt, die Antragstellung der Stadt Halle (Saale) zur Bundesförderung aus dem Bundesprogramm „Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel“ für die Sanierung und den klimagerechten Umbau der denkmalgeschützten, historischen Parkanlage Reichardts Garten.

zu 5.6 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 180 Große/Kleine Brauhausstraße - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VII/2024/07168

zu 5.6.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 180 Große/Kleine Brauhausstraße – Abwägungsbeschluss" VII/2024/07168
Vorlage: VIII/2024/00643

zu 5.7 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 180 Große/Kleine Brauhausstraße - Satzungsbeschluss
Vorlage: VII/2024/07169

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Vierkant wurde zu folgenden beiden Tagesordnungspunkten ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Rebenstorf

Genau, Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, Frau Lütgert, ich fange an, ein paar einleitende Worte nochmal zu sagen und das Sie zum Verfahren vielleicht nochmal ergänzen. Herr Schröter wird dann gegebenenfalls noch mit für Fragen zur Verfügung stehen und seitens der Vorhabenträgerin vom Architekturbüro, Herr Wolff und Herr Trappe da, da könnten wir immer noch entscheiden, ob wir dann Rederecht beantragen oder nicht.

Kurz für alle neuen Stadträtinnen und Stadträte, es ist jetzt wieder so ein Fall, Sie kriegen einen Abwägungs- und einen Satzungsbeschluss vorgelegt, das heißt, wir sind am Ende des Verfahrens angekommen, die Offenlage hat stattgefunden. Vielleicht noch als Hinweis, für mich war das Projekt damals auch nicht ganz neu, nein, andersrum, es war für mich damals ganz neu, aber das Projekt lief schon im Moment, auch nochmal vielen Dank an den Vorhabenträger und auch an die Architekten. Wir mussten es umplanen, wir mussten es deutlich umplanen, weil, sehen Sie es uns nach, sechs Vollgeschosse, zwei Staffelgeschosse, zwei Tiefgeschosse, das war ein bisschen viel für die enge Lage gewesen, zumal der ursprüngliche städtebauliche Entwurf auch nicht auf die Höhentopografie der Großen Brauhausstraße Rücksicht genommen hat. Im Grunde genommen wäre es ein Gebäude gewesen mit einem zentralen Erschließungskern und hätte mit der Altstadt an der Stelle nicht mehr viel zu tun gehabt. Auch die Erschließung durch die Hausschneise, die es heute noch gibt zwischen der Großen Brauhausstraße und dem Waisenhausring, dort mit den Autos rein, zur alten Straße wieder raus, wäre sicherlich auch der Struktur der Altstadt nicht wirklich zuträglich gewesen.

Es hat dann sehr viele intensive Auseinandersetzungen im positiven Sinne mit dem Büro gegeben, auch mit dem Vorhabenträger. Der städtebauliche Entwurf hat sich jetzt dahingehend, wie ich finde, positiv entwickelt, dass wir weitgehend Einzelhäuser haben, die auch die Topografie wieder abbilden, also tatsächlich auch die Höhenversätze in den Decken der Gebäude dann haben werden, dass die Geschossigkeit nochmal reduziert wurde, an der niedrigsten Stelle nur noch drei Vollgeschosse, nicht mehr sechs, und zwei Staffel respektive hinter einem schrägen Dach. Ansonsten vier mit zwei Staffeln oder fünf mit einem Staffel, je nachdem. Also ein Stück weit der Topografie und der Typologie vor allen Dingen der Altstadt angepasst.

Und was ich sehr positiv hervorheben will, dass wir eben nicht mehr die reinführende Erschließungsstraße in das Gesamtareal, wo auch die Tiefgarage Ritterhaus mit dranhängt, durch diese Blockrandschneise legen, sondern die Autos bleiben da, wo sie sind, und dafür eine ordentliche Blockrandbebauung. In der großen Brauhausstraße in der Baulücke wiederherstellen können, einschließlich einem Fuß- und Radweg, der gleichzeitig auch einen kurzen Weg aus dem Fußgängertunnel unter der B80, Stichwort sei Schulweg aus den Frankeschen Stiftungen heraus, in die Altstadt, das ist ein Schulweg, das kriegen wir an der Stelle auch deutlich verbessert. Tiefgarage hat sich reduziert, da ist eine Tiefgaragenebene drunter. Wir haben auch die Hinweise noch mitverarbeiten können. Und ich denke, das tut der Wohnqualität gut, im Innenhof auch auf Stellplätze zu verzichten. Das kann, soweit das notwendig ist, in der Tiefgarage abgebildet werden. Die hat den Platz dort entsprechend. Sodass wir glauben, Ihnen nach allen Kontroversen und allen Diskussionen einen durchaus abgewogenen Entwurf vorzulegen. Auch wenn sicherlich hier und da noch weiterer Diskussionsbedarf besteht, und man das hätte noch weiterdrehen können. Aber in der Gesamtabwägung glauben wir seitens Verwaltung, dass das in sich so weit stimmig ist. Frau Lütgert, wenn Sie vielleicht noch zwei, drei Sätze, nicht mehr, zum Verfahren, wenn Sie sagen, dass das ausreicht. Dann sagen Sie auch noch mal, weil Sie ja auch die Arbeit hatten, was es vielleicht innerhalb des Verfahrens noch gab, dass auch die neuen Stadträtinnen und Stadträte so weit mit angebunden sind. Vielen Dank erstmal.

Frau Dr. Wünscher

Herzlich willkommen, Frau Lütgert, und wir freuen uns auf Ihre Ausführungen.

Frau Lütgert

Ja, guten Abend, wobei wir müssen das auch nicht in die Länge ziehen. Herr Rebenstorf hat eigentlich die wesentlichen Aspekte schon geschildert. Wir sind jetzt in dem Verfahrensstand, dass wir Ihnen die Abwägungen vorlegen zu den eingegangenen Stellungnahmen. Die Diskussionen, insbesondere auch bei den Stellungnahmen der Öffentlichkeit, das haben Sie aus der Vorlage hoffentlich entnehmen können, beziehen sich natürlich auch auf die Themen, die wir hier im Planungsausschuss diskutiert haben, auf die Frage des Baumerhalts, auf die Frage, ob es zu wenig Stellplätze sind. Also da muss man, glaube ich, auch immer so ein bisschen die Bandbreite der unterschiedlichen Interessen im Blick haben. Die Fragestellungen nach der Nutzungsmischung oder der Ruhe, die man sich für die künftigen Bewohnerinnen und Bewohner wünscht.

Es gibt aus unserer Sicht einige Aspekte, die da für diese Bebauung und in dem jetzt vorliegenden Konzept sehr sprechen, die Herr Rebenstorf jetzt noch nicht erwähnt hatte, die ich noch ergänzen würde. Wir haben momentan dort eine versiegelte Brachfläche. Und es ist so, dass das, was man sich auf dieser versiegelte Privatfläche, die im Privateigentum ist, vorstellen könnte, natürlich ein ganz breites Spektrum ist. Wir sind trotzdem der Auffassung, dass die Entwicklung, die dieses Vorhaben genommen hat, in den inzwischen auch fast sieben Jahren, doch eine deutliche Verbesserung der Situation, des Ist-Zustandes ist.

Das Zweite, was uns sehr wichtig ist, hat Herr Rebenstorf auch schon erwähnt, ist dieser kleine Pocket Park in der Baulücke. Es ist nicht nur ein Fuß- und Radweg, sondern es ist auch eine kleine Grünfläche, die dort entsteht. Und es verbessert die Schulwegverbindung von der Altstadt in die Frankeschen Stiftungen ganz erheblich. Also das ist ein Argument, das für uns wirklich auch immer sehr ausschlaggebend in den Gesprächen mit den Investoren war. Denn der Schulweg geht momentan durch die Kleine Brauhausstraße und wer seine Kinder im Grundschulalter schon mal begleitet hat auf dem Schulweg durch die Kleine Brauhausstraße in die Frankeschen Stiftungen und zurück, wird wissen, dass das kein schöner und eben auch ein sehr gefährlicher Weg ist.

Das ist für uns in den Gesprächen immer sehr wichtig gewesen und ist einer der Gründe, weshalb wir wirklich auch diese Vorlage und dieses Vorhaben gerne jetzt zum Beschluss bringen würden. Wenn es jetzt noch Detailfragen gibt, wir haben alle Unterlagen dabei, können alles raussuchen, alle Gutachten sind da. Insofern, ja, vielen Dank.

Frau Dr. Wünscher

Ja, erst mal besten Dank, Frau Lütgert. Herr Rebenstorf möchte jetzt noch etwas ergänzen zur Fassadengestaltung.

Herr Rebenstorf

Frau Vorsitzende, vielen Dank. Ich habe deswegen nochmal diese Seite aufgerufen, unten die Fassadengestaltung. Nein, die Häuser werden nicht quietschblau, sonnengelb, knallrot oder tschitscheringrün oder was weiß ich. Es ist rein der Orientierung, meine Damen und Herren, weil man verliert leicht den Überblick bei der Anzahl der Häuser. Das blaue Haus in der blauen Fassade finden Sie im blauen Grundriss und im blauen Schnitt dann wieder, weil nur so können Sie das zuordnen. Die finale Farbgebung der Fassade wird dann mit dem Denkmalschutz abgestimmt, weil es ein Denkmalbereich ist. Und nein, das wird nicht so knallbunt, wie es aus der Postmoderne der 80er Jahre sich noch überlebt hat. Also ich sehe jetzt Herrn Nayda von der MZ nicht, aber den Hinweis hat er von mir auch schon gekriegt. Und eins noch ganz zum Schluss und dann sind wir durch, Frau Vorsitzende. Das Thema bezahlbares Wohnen mit den 20 Prozent, Frau Lütgert hat es jetzt auch nicht gesagt, ich sage es auch nochmal, konnte in den Festsetzungen ebenfalls mit abgebildet werden. Jetzt doch nochmal Frau Lütgert.

Frau Lütgert

Und dann noch ein letzter Hinweis, das ist ein vorhabenbezogener Bebauungsplan, das bedeutet, es gibt einen Durchführungsvertrag mit einer Bauverpflichtung innerhalb eines Zeitraumes, die ist momentan festgelegt auf 2031, das heißt, das ganze Vorhaben ist aufgestaffelt in die einzelnen Schritte und einzelnen Bauabschnitte bis 2031 umgesetzt. Und es ist so, dass zumindest Teile der Straßenverkehrsflächen auch in den altstadtüblichen Gestaltungszustand gebracht werden, insbesondere in dem Bereich der großen Brauhausstraße, wo wir momentan zum einen ein liegenschaftsrechtliches Durcheinander zwischen mal Stadtfläche, mal Privateigentumsfläche haben und der Gehweg ja auch in einem sehr, sehr schlechten Zustand ist. Also das fällt alles dann in diesen Durchführungszeitraum und in diesen Durchführungsvertrag mit hinein.

Frau Dr. Wünscher

Ja, so, dann jetzt Fragen zu dem ganzen Geschehen. Ich sehe Herrn Aldag, Herrn Vierkant. Bitte, Herr Aldag.

Herr Aldag

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Eigentlich keine Fragen, aber ich würde die Gelegenheit auch nutzen, dann unseren Änderungsantrag nochmal auch kurz mit einzubringen. Aber lassen Sie mich voranstellen, dass wir grundsätzlich als Grüne Fraktion diese städtebauliche Reparatur an der Stelle sehr positiv sehen. Gar keine Frage. Das ist gut, dass wir hier so ein Projekt entwickeln können und es ist auch positiv anzusehen, wie sich das ganze Projekt entwickelt hat. Wenn man es gesehen hat, wie es am Anfang war in seiner Dimensionierung, da hat es ja schon ganz schön viel an Mächtigkeit und Dominanz im städtebaulichen Raum hier verloren. Von daher eine gute Entwicklung erstmal in die richtige Richtung. Nichtsdestotrotz sind es natürlich schon noch wahnsinnig Klopper, die da dann in der Innenstadt stehen. Das muss man auch nochmal dazu sagen. Aber es geht in die richtige Richtung. Auch die Innenhofgeschichten, Dachbegrünung sehen wir alles positiv an. Auch

den bezahlbaren Wohnraum war ein richtiger Ruf, den es dann nochmal in das ganze Projekt reingebracht hat.

Es ist glaube ich nicht überraschend, dass wir natürlich auch konsequent unsere Position durchziehen mit dem Erhalt der drei Bäume. Wir sind im Abwägungsbeschluss und wir haben nun mal in der Abwägung, in den Einwendungen, sage ich mal, überdurchschnittlich fast alle Einwendungen haben sich auf die Bäume bezogen. Und wir haben eine Petition mit immerhin fast 3.000 Unterschriften, die klar artikulieren, dass hier die Bäume erhalten bleiben. Die wollen wir in der Abwägung nicht einfach unter den Tisch kehren und würden daher diesen Änderungsantrag stellen, das in der Abwägung zu berücksichtigen und entsprechend dahingehend die Beschlussvorlage zu ändern und in der Abwägung zu sagen, dass diese drei Bäume stehen bleiben.

Wir haben wie gesagt diese Einwendungen, die sich klar artikulieren, die fast 3000 Unterschriften. Die untere Naturschutzbehörde hat sich auch eigentlich mehr oder weniger deutlich ausgedrückt, dass es schade ist um die drei Bäume. Wir haben noch zusätzlich eigentlich eine neue Dimension. Wir haben seit geraumer Zeit auch von europäischer Ebene das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur. Das Nature Restoration Law und es sagt eindeutig, zu städtischen Ökosystemen dürfen auf nationaler Ebene bis 2030 keinen Nettoverlust an städtischer Grünfläche und Baumüberschirmungen erleiden. Da ist natürlich schon die Frage, wie wir grundsätzlich mit unserer Baumbestand hier umgehen und ob das dann die richtige Entscheidung hier ist, die Bäume wegzunehmen. Baumüberschirmungen sind eben die Kronen, die unsere gesamte Stadtfläche überdecken und mit den drei Nachpflanzungen im Pocket Park kriegen wir halt diese Überschirmung der Bäume nie hin, weil die Raumverhältnisse einfach so eng sind. Das heißt, das kann ich gar nicht ausgleichen. Das heißt, ich gehe davon aus, jeder von uns weiß, wie mit unserem Änderungsantrag vermutlich hier umgegangen wird.

Aber ich möchte doch nochmal auf der Stelle darauf hinweisen, auch wenn das vielleicht in den Umweltausschuss gehört, aber schon auch, dass wir uns in der in der Stadtentwicklung, in der Stadtplanung schon zunehmend auch mit dem Hintergrund solche Gesetze, die jetzt einfach gelten, Gedanken machen müssen, wie wir mit unserem Baumbestand umgehen, ob das der richtige Umgang ist. Dann auch solche Hinweise aus der Bevölkerung, die ich einfach nicht wegkehren will. Es sind 3.000 Unterschriften, die da gesammelt wurden, das dann in der Abwägung einfach wegzubürsten und zu sagen, naja, da ist uns die städtebauliche Flucht, die erkennt kein Normalbürger unten, wenn er an der Straße vorbeiläuft. Das kann man vielleicht in der Vogelperspektive erkennen, dass da mal irgendwie eine Flucht war. Aber ein Normalmensch erkennt es nicht. Ein Normalmensch erkennt aber schon klar die Qualität der Bäume, die dort stehen und die sich positiv eben auch das innerstädtische Klima entsprechend auch auswirken. Deswegen ist das unser Änderungsantrag, der ja zur Abstimmung stellt und ich würde mich freuen, wenn es da ein paar Befürworter geben würde. Danke. Ansonsten würden wir uns bei der Beschlussvorlage enthalten.

Frau Dr. Wünscher

Danke für die Einbringung Herr Aldag und für Ihre Ausführungen zum Änderungsantrag und Herr Schröter wird darauf antworten.

Herr Schröter

Ja, vielleicht an der Stelle auch nochmal der Verweis darauf, wie wir damit umgegangen sind. Herr Aldag, Sie hatten das ja angeführt. Es gibt den Pocket Park, wo entsprechend dort der Ausgleich über entsprechende Bäume dort sichergestellt wird und darüber hinaus auch noch weiteren Ausgleich, der noch nicht weiter spezifiziert ist. Das ist sozusagen erstmal die rein fachliche Bewertung und Umgang damit.

Wir haben zum damaligen Zeitpunkt, also wir im vergangenen Sommer den Offenlagebeschluss diskutiert haben, aus meiner Erinnerung heraus, auch Varianten prüfen lassen von Seiten des Investors, was das bedeutet für die Wirtschaftlichkeit des Gesamtprojektes, wenn man sich sozusagen geometrisch an der Stelle anpasst. Und da war eine erhebliche Reduzierung rein des Gebäudevolumens erkennbar. Was an der Thematik aus meiner Sicht aber noch viel wichtiger ist, hier nochmal herauszustellen, ist, dass wir auch eine gewisse Verlässlichkeit in den Abläufen und in den Prozessen auch gegenüber den Investoren und denen, die Interesse haben, in dieser Stadt zu investieren, auch gewährleisten sollten.

Wir hatten im Sommer letzten Jahres entsprechend hier den Offenlagebeschluss gefasst. Sie haben das dargestellt, dass es denkbar knapp war. Ich glaube, es gab eine Stimmenmehrheit von zwei Stimmen eben für diesen Offenlagebeschluss. Und genau auf dieser Basis haben wir weitergearbeitet. Und auf dieser Basis wurde die Offenlage durchgeführt und die entsprechenden Aspekte wurden auch im Weiteren in der Abwägung berücksichtigt. Wenn wir jetzt zu diesem Zeitpunkt positiv über diesen Änderungsantrag entscheiden würden, würde das bedeuten, dass wir auch wieder einen Schritt zurückgehen im gesamten Planverfahren. Das heißt, das würde bedeuten, die Planung wird angepasst, es würde eine erneute Offenlage geben und wir hätten wieder einen Zeitraum von mindestens einem Jahr, bis wir zu dem Stand eines Abwägungs- und Satzungsbeschlusses kommen und würden ein weiteres Mal eine Investition hier an der Stelle verzögern, wo doch eigentlich Verlässlichkeit über den Offenlagenbeschluss auch schon signalisiert worden ist. Das vielleicht auch nochmal als Erläuterung, welche Folgen es hat, wenn wir diesem Änderungsantrag hier an dieser Stelle folgen.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Schröter. Jetzt habe ich am Vierkant auf der Redeliste.

Herr Vierkant

Dankeschön. Ja, die Grünen haben ihr Lieblingsthema Bäume. Wir haben unser Lieblingsthema Stellplätze. Wenn ich mich jetzt richtig gelesen habe, korrigieren Sie mich gerne, steht dort, es fallen wenige Stellplätze weg. Nun hat die Verwaltung uns neulich erklärt, man müsste nicht zählen, wie viele Stellplätze in jeder Vorlage wegfallen, weil das ja eh drin steht. Also ich lese jetzt nur wenige, das ist für mich keine Zahl. Können Sie vielleicht konkret werden, wie viele wegfallen?

Frau Lütgert

Meinen Sie mit Wegfallen jetzt die öffentlichen Stellplätze?

Herr Vierkant

Also ich meine jetzt bei denen, da ist jetzt ein Parkplatz, eine große private Parkfläche. Und das soll ja jetzt in Tiefgarage gebaut werden, wo nicht genauso viele Stellplätze entstehen, wie vorher oben als Parkplatz vorhanden waren.

Frau Lütgert

Dass wir da keine genaue Zahl angeben können, liegt daran, dass wir nicht genau wissen, wie viele Stellplätze oben drauf sind. Das hat sich verändert. Es sind unterschiedliche Liegenschaften, zu denen unterschiedliche Anträge zu unterschiedlichen Zeiten gestellt wurden. Es gibt eine Zahl von ungefähr 100 bis 110. Das liegt dann auch natürlich daran, dass mal mehr und mal weniger effektiv geparkt wird.

Herr Vierkant

Okay, und wie viele passen ins Parkhaus jetzt rein?

Frau Lütgert

In der Tiefgarage sind weniger, da haben Sie recht, da müsste ich jetzt die Zahl nachgucken, oder Herr Wolff weiß es aus dem Kopf, der flüstert mir das jetzt mal zu, das sind 65 Stellplätze, aber zu diesen 65 Stellplätzen gibt es ein Mobilitätskonzept, denn wir sind ja durchaus auch der Auffassung, dass man Stellplätze nicht einfach weglassen kann.

Wenn wir Stellplätze für die Bewohnerschaft nicht in dem Maße abbilden können, wie das vielleicht 1 zu 1 notwendig wäre, braucht es Angebote, die es den Menschen ermöglichen, auf ein privates Fahrzeug zu verzichten. Und da gibt es verschiedene Maßnahmen, die der Investor ergreifen wird. Es wird in dieser Anlage selber einige teilAutos geben, die sich die Bewohnerschaft dann teilt, das ist also nochmal ein deutlicher Komfortgewinn im Vergleich zu Teilautonutzung jetzt hier innerhalb des Stadtgebietes, weil ich da nämlich wirklich die Möglichkeit dann habe, das teilAuto in die Tiefgarage zu fahren und den Bierkasten, so beliebtes Beispiel, dann zum Fahrstuhl zu bringen. Kann auch der Limokasten sein.

Herr Vierkant

Habe ich verstanden, bloß, ihr habt es ja schon ein paar Mal erwähnt. Das ist mir bekannt, dass Sie gerne auf Carsharing setzen. Das Problem ist natürlich, dass in solchen Wohnlagen gerne auch Menschen sich ansiedeln, die auch arbeiten gehen. Und für die ist dann im Zweifel natürlich Carsharing keine Option. Das ist natürlich auch immer mit zu bedenken, wenn man entsprechend sowas plant.

Frau Lütgert

Das sind ja auch nicht alle 65 Stellplätze Carsharing-Plätze. Es ist unsere Erfahrung aus solchen Projekten heraus, dadurch, dass man den Stellplatz immer mitmieten muss, der ist nicht in der Miete enthalten, es ist ein Extramietvertrag, der abgeschlossen wird, dass der Anteil an Menschen, die nicht in dem Gebäude wohnen und trotzdem dort einen Stellplatz mieten, gar nicht so gering ist. Aus den Projekten und Bauvorhaben in der Altstadt können wir das durchaus berichten. Insofern denke ich, dass das Angebot, das jetzt geschaffen wird, durchaus dem entspricht, was sozusagen in der heutigen Zeit in absolut innerstädtischer Lage fünf Minuten zu Fuß vom Bahnhof entfernt für viele Menschen alltagskompatibel ist.

Herr Vierkant

Eine letzte Frage noch.

Frau Dr. Wünscher

Noch eine Frage, Herr Vierkant?

Herr Vierkant

Es wäre die Frage, wir haben ja jetzt einen privaten Wettbewerb zu tun, das heißt, anders als wenn die Stadt baut, müssen wir natürlich auch gucken, dass wir den nicht verschrecken, wenn wir zum Beispiel einen Änderungsantrag beschließen würden, weiß ich ja nicht, wie der dazu steht, wäre es vielleicht möglich, dass wir den Vertreter des Investors dazu mal hören würden. Der ist ja hier anwesend, wie ich gehört habe.

Frau Dr. Wünscher

Herr Rebenstorf wird sich jetzt nochmal dazu äußern.

Herr Rebenstorf

Ja, so meine Damen und Herren, Frau Vorsitzende, Herr Vierkant, dann fange ich mit dem letzten an. Also wir vertreten ja diese Vorlage hier, die Vorlage wird von mir unterschrieben und wir haben ja eben ausgeführt, was das als Folge hätte, wenn wir diesem Änderungsantrag hier stattgeben. Also ich spreche auch, ich habe diese Gespräche im letzten Jahr mit dem Investor bereits geführt. Ich kann das jetzt hier an der Stelle nochmal wiederholen. Wir kommen an den Punkt, wo die Wirtschaftlichkeit des Projektes dann endgültig gefährdet ist und wir sehen es als schwierig an, dass wir dann noch in eine vernünftige Umsetzung kommen.

So, einer der Punkte war auch gewesen, warum es in der schieren Baumasse angepasst werden musste. Wenn man alles zusammenzählt, sechs Vollgeschosse, zwei Staffelgeschosse, zwei Tiefgaragenebenen, sind insgesamt zehn Etagen in der Innenstadtlage. Und ich hatte vorhin für Sie alle nochmal zur Erinnerung in einem Halbsatz eine Nebenbemerkung gemacht. Vom Waisenhausring in das Quartier rein, durch die Kleine Brauhausstraße, da wo das Funkhaus war, das ist die einzige Zufahrt, die es gibt, da hängt die Tiefgarage Ritterhaus mit dran, da hängt der ganze Bereich um den Jerusalemer Platz, Große/Kleine Märkerstraße, alles was da ist, hängt mit dran.

Die gesamte sektorale Erschließung geht da rein und muss da raus. Hätten wir das in der Masse, unabhängig vom Städtebau, so gelassen und hätten zwei Tiefgaragenebenen und für jede Wohnung zwei Stellplätze, das wäre schlicht und ergreifend nicht gegangen. Dann wäre die kleine Straße überfordert und die Lücke dann noch zugebaut hätten, wäre die kleine Straße komplett überfordert gewesen. Also der limitierende Faktor ist tatsächlich dieser Flaschenhals, Kleine Brauhausstraße in der Anbindung auf die Ringstraße. Und deswegen muss da an dutzenden kleinen Knöpfen und Hebelchen gedrückt und gezogen werden, um ein Projekt zu kreieren, was sich städtebaulich einfügt, aber trotzdem im Alltag funktioniert. Deswegen ist das ein Zwischending aus Nutzung von alternativer Mobilität, Nähe zum Hauptbahnhof, Straßenbahn um die Ecke, Fußweg, Radweg, Carsharing, Mobilitätskonzept plus das, was noch an tatsächlich personenbezogenen Stellplätzen im Gebäude und in der Tiefgarage dann machbar ist. Also es ist dahingehend ausbalanciert, dass sowohl Bauvolumen auf der einen Seite, noch sichergestellt werden kann, aber auf der anderen Seite eben, wie gesagt, dieser limitierende Faktor der Kleinen Brauhausstraße. Und dass wir Gebäude im Bestand abreißen, denke ich, steht außer Frage, nur um da die Straßen zu verbreitern. Das findet nicht statt.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Rebenstorf. Auf meiner Liste steht jetzt Herr Hänsel. Herr Hänsel, bitte.

Herr Hänsel

Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren. Der Änderungsantrag der Grünen macht mich ein bisschen fassungslos, weil es gibt ja eine Beschlusslage dazu. Man kann das konsequent nennen, aber das ignoriert auch einfach, dass der Stadtrat darüber in der letzten Legislatur schon befunden hat und die Bäume für nicht erhaltenswert beurteilt hat mit einer Mehrheit. Und Mehrheit ist nun mal Mehrheit, da gibt es nicht knapp oder weniger knapp. Insofern bin ich erstaunt, dass Sie demokratisch gefasste Beschlüsse dann immer wieder angreifen wollen. Das ist ein bisschen ideologisch geprägt sicherlich.

Aber befassen wir uns mal mit den Fakten. Es ist tatsächlich so, wie Herr Rebenstorf eben auch angedeutet hat, wenn man die Bäume da erhalten wollte, müsste man sich mal überlegen, wie weit die Baugrenze zurück muss. Mit zwei Metern ist es ja nicht getan und der Nettoflächenverlust, der wäre signifikant. Und was Sie hier tun ist, mit diesem Änderungsantrag, Sie riskieren, das gesamte Projekt, denn ich weiß nicht, ob Sie Nachrichten nicht verfolgen, aber Wohnungsbau ist tot. Es gibt keinen Wohnungsbau in Deutschland mehr. Der ist mausetot. Und jetzt haben wir hier eine Ausnahmeerscheinung, dass wir einen Investor haben, der tatsächlich vorhat, in Halle dort Wohnungen zu errichten, entgegen dem allgemeinen Trend und der Wirtschaftslage. Und dem, ja... da können Ihnen die Tränen kommen, Herr Feigl, das zeugt von einer eklatanten Inkompetenz auf diesem Gebiet. Weil der Wohnungsbau ist deswegen tot, weil er sich nicht lohnt. Und jetzt entziehen wir dem Investor hier eine Grundlage, die es vielleicht gerade noch lohnend macht. Ja, oder wir fangen wieder an, mit ihm zu diskutieren, ob die 20 Prozent sozialer Wohnungsbau da noch gerechtfertigt sind oder nicht. Wollen Sie das? Sie riskieren das. Sie riskieren auch, dass er sich von dem Projekt zurückzieht, was er nämlich tun kann. Und dass Sie dann zwar drei Bäume haben, aber keinen begrünten Innenhof und keine begrünten Dachflächen, was aus meiner Sicht sehr viel mehr Grün ist, als das, was wir im Moment dort haben. Das muss man sich einfach auch mal überlegen.

Und dann gibt es da noch ein Baumgutachter, ist ja auch Anlage der Vorlage, haben Sie hoffentlich gelesen. Da steht drin, die Bäume sind nicht mehr so toll, erhaltenswert sind sie nicht, umsetzen kann man sie auch nicht und sie sind auch nicht mehr ganz gesund. Sie sind auch nicht ganz gesund. Steht da drin. Jawohl. Hab's gelesen. Leicht geschädigt, ja. So. Die 100 Jahre, die das Gebäude dort stehen wird, machen die nicht mehr. Also das ist langfristig keine gute Idee, die stehen zu lassen. Die können dann mal weg und dafür wird genügend Ersatz geschaffen, sowohl in Form der drei Bäume, als auch in Form der grünen Flächen im Innenhof und auf dem Dach, die Sie hier zur Disposition stellen mit diesem Änderungsantrag. Natürlich ist das legitim, aber es ist auch ein bisschen sinnlos.

Frau Dr. Wünscher

Für Ihre Einlassung auf der Rednerliste steht jetzt Herr Feigl und Sie können gleich erwidern.

Herr Feigl

Das ist schön, dann kann ich gleich darauf reagieren. Als erstes war ich etwas irritiert über die Einlassung von Herrn Schröter ganz am Anfang. Verlässlichkeit. Wenn wir das ernst nehmen, was Sie gesagt haben, dann können wir uns im Grunde genommen eine Abwägung sparen. Wenn nämlich sozusagen vorher das festgesetzt ist und dann eine Verlässlichkeit erwartet wird. Und genau so lese ich das aus der Verwaltungsvorlage heraus, dass eine Verlässlichkeit auch vom Stadtrat erwartet wird. Dann brauchen wir im Grunde genommen die Offenlage gar nicht mehr zu machen und die Einwendung nicht einzuholen von der Bürgerschaft. Dann ist das alles Makulatur. Und genau so kommt mir das vor an dieser Stelle.

Das Zweite ist, ja, es gab einen Beschluss. Der liegt formal, ein Jahr, anderthalb, ich weiß nicht genau, also länger als ein halbes Jahr liegt er zurück. Das heißt also, ein durchaus übliches Prozedere, das gerne auch mal von der konservativen Seite genutzt wird, dass man über einen bereits befassten Beschluss nochmal abstimmt, wenn denn neue Fakten da sind. Die neuen Fakten, die uns hier vorliegen, sind wirklich in hoher Zahl und mit, also wirklich, ich habe in diesem Gremium schon sehr, sehr viele B-Pläne gelesen und Abwägungen gelesen. Das ist signifikant viel an Einwendungen, die sich auf ein Thema fokussieren. Und das wegzuwischen, das glaube ich, ist wirklich nicht angesagt an dieser Stelle.

Wir haben, Sie als Stadträte, haben die Verpflichtung, wenn so ein Verfahren durchgeführt wird, es nicht nur durchlaufen zu lassen als lästiges Prozedere, was man macht, sondern eben auch wirklich ernst zu nehmen. Und wenn Sie es wirklich ernst nehmen, dann müssen Sie auf diese Einwendungen, die hier ein großer Anteil gekommen sind, müssen Sie Rücksicht nehmen.

Und natürlich wird jetzt aufgebaut, das große Szenario, dann zieht sich der Investor zurück und dann ist es nicht mehr wirtschaftlich und so weiter und so fort. Das kennen wir doch alles. Das ist doch ein Spiel, was an dieser Stelle immer wieder mit diesen gleichen Vorzeichen immer wieder gespielt wird. Am Anfang geht ein Investor mit einer maximalen Forderung rein. Herr Rebenstorf hat es am Anfang nochmal gesagt, da wurde das Ritterhaus als Bezugsgröße genommen, über das ganze Gebiet mal novelliert und das ist dann sozusagen der Baukörper. Wohl wissend, dass das natürlich nicht geht, sondern dass im Laufe des Verfahrens das eingedämmt wird. Und dann kommt man an einen Punkt an, wo man glaubt, naja, das könnte vielleicht sein. Täuschen Sie sich nicht weg, dass das sich dort einpasst an dieser Stelle. Das wird ein Klopper sein und zwar ein richtiger Klopper an dieser Stelle. Und von wegen Innenhof und Begrünung. Dieses Gelände wird 100 % überbaut. Die haben die Tiefgarage drunter, es ist eine 100%ige Versiegelung, die sie schaffen. Und dann ein bisschen Erdüberdeckung und ein bisschen grünen Innenhof.

Also sozusagen die Qualität einer wirklich offenen Fläche, wo wirklich wie in einem Park wirklich was entstehen kann, das werden Sie an dieser Stelle nie haben. Das ist alles bloß Tapete an dieser Stelle, das ist alles bloß Tapete. Der Klimateffekt, der hier ist, der ist so verschwindend gering von dem, was dann da oben drauf gepackt wird. Es ist gut, dass es gemacht wird, dass wenigstens ein bisschen was gemacht wird, aber täuschen wir uns doch nicht darüber hinweg, dass es wirklich eine hundertprozentige Überbauung hier ist.

Und wenn wir, das ist auch noch so ein Punkt, wo ich denke, was ist eigentlich der Ausgangspunkt? Ist der Außenausgangspunkt, wenn wir über Versiegelung sprechen, wirklich die Zwischenlösung, die wir in den letzten zehn Jahren gehabt haben, dass dort Parkplätze geschottert wurden, das ist sozusagen die Ausgangslage, um jetzt eine hundertprozentige Versiegelung jetzt schon abzuleiten? Wir müssen doch gucken, was historisch, also historisch im Sinne von vor zehn Jahren, wo uns übrigens die Hälfte des Geländes gehört hat, der Stadt, wie dort die Bebauung gewesen ist. Es war eine heterogene, kleinteilige Bebauung mit Kleinindustrie, mit Wohnbebauung und natürlich auch schon nach der Wende mit erheblichen Lücken, die in diesem Bestand dort drin gewesen sind. Also eine hundertprozentige Versiegelung haben wir in diesem Gelände historisch nie gehabt. Und das muss doch der Ausgangspunkt sein, um dann zu schauen, wie viel Versiegelung muten wir uns überhaupt in diesem Gebiet da zu. Also um es zusammenzufassen, klimatisch und mit Auswirkungen auf das Innenstadtklima wird es eine Katastrophe sein an der Stelle, wenn wir dem so folgen. Und deshalb unser Änderungsantrag, wenigstens ein bisschen davon abzumildern, ein bisschen über die Tapete hinaus abzumildern, nämlich, dass mindestens die drei Bäume, die für das Binnenklima einen erheblichen Beitrag zur Klimaanpassung schaffen, dass wir wenigstens das machen. Das ist unser Antrag. Danke.

Frau Dr. Wünscher

Ja, danke Herr Feigl. Ich glaube, wir haben alle Ihr Anliegen verstanden auf meiner Liste... Herr Dr. Thomas, Sie wären jetzt auf der Rednerliste.

Herr Dr. Thomas

Das ist ja ein salomonisches Projekt. Es vernichtet gleichermaßen Bäume wie Parkplätze. Insofern fühlt sich ja jeder ein bisschen betroffen. Also es kommt mir so ein bisschen vor wie eine Wiederholung, ehrlich gesagt. Also es ist ein Projekt, was Herr Rebenstorf schon seit vielen Jahren verfolgt. Also ich sage das mal völlig wertfrei. Das bedeutet, wir bekommen eine größere Verdichtung in der Innenstadt, wir verlieren Parkplätze. Man kann es auch positiv formulieren und sagen, wir setzen auf Bewohner, die gerne mit dem öffentlichen Nahverkehr unterwegs sind und möglichst innenstadtnah arbeiten. Aber es ist ein Projekt, was wir hier mit diesem Baustein wieder fortsetzen und was natürlich Konsequenzen haben wird. Besser ist es geworden, keine Frage, aber viel schlechter konnte es auf der anderen Seite jetzt auch nicht mehr werden. Das ursprüngliche Konzept war ja, naja, ich will es nicht übertreiben, aber Katastrophe passt ganz gut zu dem, was wir ursprünglich gesehen hatten.

Also insofern ist für mich eigentlich mehr der Ansatz, wenn Sie in die Demografie dieser Stadt gucken, dann ist die Innenstadtbevölkerung fünf Jahre jünger als die der Außenstadt. Aktuelle Statistik der Stadt. Das ist eine Konsequenz dieser Baupolitik, für die Herr Rebenstorf steht. Muss man sagen, hier siedeln sich junge Leute an, die hier arbeiten und nicht in Magdeburg und nicht auf die Autobahn müssen, die nicht auf den Verkehr angewiesen sind und die höchstens das Problem haben, wie kommt ihr Bierkasten in die Wohnung. Und das ist auf der einen Seite vielleicht sogar eine attraktive Entwicklung, auf der anderen Seite aber bedeutet das eben auch, dass die älteren Semester die Stadt verlassen, dass die, die hier arbeiten oder in die Stadt fahren mit dem Auto zur Arbeit, hier kein Angebot finden. Das ist einfach eine strategische Weichenstellung und man kann sich dafür die eine oder die andere Seite entscheiden. Aber wir ändern es nicht, wenn wir an einer Stelle jetzt den Baustein quasi rausziehen und die ganze Pyramide zum Wackeln bringen. Also entweder man verfolgt es, dann ist man dafür oder man verfolgt es nicht, dann ist man dagegen. Eigentlich ist das aus meiner Sicht relativ leicht.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Dr. Thomas. Dann habe ich jetzt Herrn Eigendorf. Bitte, Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf

Vielen Dank, Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn auch in anderen Rollen, so habe ich doch das Gefühl, dass wir die Diskussion schon mal genau mit den Argumenten an dieser Stelle geführt haben. Und ich kündige gleich an, sollten wir die nochmal führen, werde ich darauf pochen, dass wir das dann mit verteilten Rollen oder getauschten Rollen machen, damit es ein bisschen spannend bleibt.

Und der Reihe nach, Herr Rebenstorf hat gesprochen von einem Balanceakt, der die Erarbeitung dieses Satzungsbeschlusses, der uns heute vorliegt, war. Ich denke, das kann man auch schärfer formulieren, dass das so läuft und wenn ein Ergebnis kommt, wo es doch in großen Teilen Zufriedenheit gibt, da hätten sicherlich nicht viele von uns drauf gewettet. Weil es eben, Herr Dr. Thomas sprach ja gerade von der salomonischen Entscheidung, weil es eine Reihe von Interessen gab, die gegeneinander aufzuwiegen sind. Was mich an diesem Satzungsbeschluss, den Sie uns jetzt vorlegen, besonders überzeugt, ist natürlich das Thema der Schaffung des sozialen Wohnraums. Wir reden über einen Stadtteil, der stark von Segregation geprägt ist, wo wir in das Risiko laufen, dass man, schon wenn jemand sagt, er wohnt in der Altstadt, in etwa abschätzen kann, wo so das Einkommen wahrscheinlich liegt. Denn besonders für den sozialen Wohnungsbau oder sozialen Wohnraum bezahlbare Mieten gibt es an der Stelle. An der Stelle nicht. Deswegen sind die 20% schon mal ein Beitrag.

Es ist richtig, dass wir an der Stelle, das ist auch unsere Auffassung, dass wir an der Stelle in der Innenstadt nachverdichten, statt irgendwo auf der grünen Wiese zu bauen. Aber es bleibt natürlich das Problem mit den drei Bäumen. Und da kann ich die Schärfe, die Herr Hänsel da als rhetorisches Mittel versucht hat reinzubringen, an der Stelle wenig verstehen. Die Entscheidung, die wir getroffen haben, war in der alten Wahlperiode. Ich lasse mich da gerne eines Besseren belehren, aber so wie ich das Kommunalrecht kenne, gibt es keine Fortwirkungen von irgendwelchen Beschlüssen. Unsere Geschäftsordnung kennt auch keine Sperrfrist wie bei Anträgen, wenn es um Änderungsanträge geht. Und deswegen ist es völlig legitim, dass die Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/Die Grünen sich entschieden haben, diesen Änderungsantrag nochmal einzubringen. Sie scheinen ja auch zumindest in Teilen hier auch Interesse von Bürgerinnen und Bürgern zu vertreten, denn sonst wäre das Thema auch nicht in dem Abwägungsbeschluss drin. Und das ist unsere Aufgabe und deswegen halte ich das für legitim, uns jetzt hier wechselseitig abzusprechen, dass bestimmte Anträge ja schon mal abgestimmt wurden, deswegen dürfte man das nicht nochmal bringen. Da würden wir sehr schnell ins kurze Gras kommen. Es gibt derzeit ja auch Anträge, die verschiedene Konzepte rückgängig machen sollen, Anträge, die bestimmte Bauvorhaben, die schon beschlossen wurden, rückgängig machen sollen. Also dann kämen wir doch vom Hundertsten ins Tausendste, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Und trotzdem werde ich in der Abwägung leider, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, dem Änderungsantrag nicht an dieser Stelle meine Stimme geben können. Das liegt im Wesentlichen auch an der Abwägungsentscheidung, die glaube ich jede und jeder von uns an der Stelle für sich selber treffen muss. Wir sind in einem sehr langen Verfahren und wir wissen, dass wir nicht in der Situation sind, wo die Pfeile gerade im Bereich des Wohnungsbaus nach oben zeigen. Nur mal spaßeshalber in anderen Kommunen anschaut, was so in den letzten zwei bis drei Monaten da an Beschlüssen kam in den Planungs-, in den Bauausschüssen zur Frage von Bebauungsplänen im Geschosswohnungsbau. Dann wird das echt dünn. Deswegen sind wir, und da teile ich ausnahmsweise Ihre Einschätzung, Herr Hänsel, sind wir, gewöhnen Sie sich bitte nicht dran. Deswegen teile ich ausnahmsweise an der Stelle Ihre Einschätzung, dass wir bei einem Projekt sind, wo wir es uns nicht erlauben können, jetzt nochmal eine Schleife zu drehen. Und ich glaube, dass die Stadtverwaltung, ja, obwohl der Antrag beim ersten Mal abgelehnt wurde, doch verstanden hat, wo das Anliegen herkommt. Und ich halte eben in der Abwägung zum einen das Thema Pocket Park, der gerne größer sein könnte, aber es ist nun mal nur die Fläche, gerade auch in Verbindung mit der Dachbegrünung für eine Alternative, die in der Abwägung aus unserer Sicht gerade so noch gangbar ist. Und deswegen werden wir den Vorschlag der Verwaltung in der Form unterstützen.

Frau Dr. Wünschler

Danke, Herr Eigendorf. Jetzt habe ich Herrn Sehrndt auf meiner... Ich habe Sie gesehen, Herr Berkes.

Herr Sehrndt

Ja, ich möchte da nochmal mich dazu äußern. Uns wurde das ja seinerzeit vorgestellt, mit zwei Tiefgaragengeschoßen. Heute wird gesagt, 65 Stellplätze sind ausreichend. Vorher wird gesagt von Frau Lütgert, dass jetzt 110 bis 120 Fahrzeuge da stehen. Das heißt, die können wir da schon gar nicht unterbringen. Und dann verweisen wir auf ein Lasten Fahrrad oder sowas ähnliches. Das hat mich heute fast auf dem Bürgersteig umgefahren, nur mal so dazwischen.

Das ist einfach so. Das zweite Tiefgaragengeschoss ist verdampft, über die Zeit. Und nun haben wir nur noch eins. Und das muss man der Verwaltung ankreiden, dass dort nicht klar dargestellt wurde, warum und was die eigentlichen Interessen sind. Die lauern da ja nur um die Ecke. Und ich kann nur sagen, das Gedränge. Weil Sie sagten, dass ja das auch von außen dann Leute kommen und Garagen anmieten. Das Gedränge nach Parkflächen, das ist groß. Und wir werden das nicht ändern. Selbst mit allen ideologischen Tricks und sonst was, was Sie hier auffahren, wird es nicht anders passieren. Holen Sie ein bisschen Luft Herr Eigendorf. Und dann ist das einfach so. Wir müssen darauf achten, dass das in Zukunft auch die Interessen der Bürger wahrgenommen werden, wenn solche Objekte in Planung sind. Ich will heute nicht sagen, wir könnten einen Änderungsantrag stellen. Das könnten wir. Aber wir wissen ja, wie das endet. Das geht so nicht. Aber ich finde es nicht richtig. Es gab viele Äußerungen auch der Bürger in dieser Stadt seit Jahren, was sie gerne hätten. Und das ist im Prinzip alles missachtet worden. Und das geht nicht. Und wir müssen einfach für die Zukunft. Und dann kommt noch dazu, dass dieses zweite Tiefgaragengeschoss auch eine Möglichkeit wäre, mal über Schutzräume nachzudenken. Sie kennen das. Sie nehmen das nicht wahr. Aber mittlerweile gibt es ja in der Bundesrepublik ernstes Grübeln, was passiert eigentlich, wenn? Und wenn ich Ihnen sage, dass jetzt Norwegen Flugzeuge und Truppen nach Polen verlegt, spätestens wenn hier Norweger auftauchen, dann sollten sie gucken, wo ihr Keller ist. Danke.

Frau Dr. Wünscher

Ja, ich bitte doch, dass wir uns weiterhin sachlich zu diesem Thema verständigen. Jetzt habe ich Herrn Dreher.

Herr Dreher

Ich hätte eine Anregung, aber vielleicht vor der Anregung noch einen ganz kurzen Satz zu dem derzeitigen Stellplatzangebot. Der dient einzig und allein dazu, dass die Prämien für die Kfz-Versicherung steigen. Also das ist unmöglich, da zu parken und den überhaupt als Stellplatz so wahrzunehmen für die über 100 Autos. Das ist schon sehr abenteuerlich. Aber ich komme jetzt zu meiner Anregung. Wir haben jetzt genug über Bäume gesprochen und ich komme jetzt zu dem Thema sonstiges Grün, was wir jetzt ja tatsächlich nicht in dem gewünschten Umfang haben, aber doch da ist. Und ich komme jetzt, damit muss ich jetzt wirklich fast in jedem Planungsausschuss nerven zum Thema Artenschutz und Biodiversität. Und da haben wir auch ein genauso großes Problem wie beim Klimawandel. Ich wiederhole es jetzt immer wieder, manche mögen die Augen rollen, es ist aber ein wichtiges Thema. Und ich deshalb jetzt zu meiner Anregung: Bitte benutzt für dieses Grün nicht diese Rasensaatgutmischung aus dem Bauhaus. Es ist ein Riesenunterschied. Es ist ein Riesenunterschied, ob ich diese Bauhausmischung nehme und zehnmal im Jahr mähe oder ich nehme eine standortgerechte und gebietsheimische Gras-Kraut-Mischung und extensive Pflege. Ich tue dort sehr viel für die Vögel und den Insektenstatus hier. Das kostet bei den geringen Flächen, das ist um den Faktor 10 kostet diese Mischung, ist die teurer als die aus dem Bauhaus. Aber bei den Flächen spielt das eigentlich gar keine Rolle, bei den kleinen Flächen. Das ist das eine, das bitte als Anregung mitnehmen. Davon haben wir nämlich viel zu wenig Flächen in der Innenstadt. Und zweitens auch ein Wunsch, den Sie bitte an den Investor weitertragen sollen, macht was an den Gebäuden für den Mauersegler. Der gehört nämlich genauso zur Stadt Halle wie wir. Danke.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Dreher. Die Verwaltung und auch die Investoren haben ihre Wünsche und ihre Anregungen vernommen und dann werden wir sehen, wie sich das gestaltet. Jetzt habe ich nochmal Herrn Hänsel.

Herr Hänsel

Ja, Herr Sehrndt, dann erkläre ich Ihnen mal kurz und springe der Verwaltung bei, warum das zweite Tiefgarage in den Schoss nicht geht dort. Das geht nämlich bautechnisch nicht. Ich will dazu sagen, ich habe seinerzeit das Ritterhaus gebaut. Ich war Teil des Teams von Anfang bis zum Ende. Und deswegen kenne ich diese Lage und den Baugrund und die ganzen Gegebenheiten ausgezeichnet. Dort haben wir einen ganz, ganz schwierigen Baugrund. Dort ist nämlich Braunkohle und auch Wasser. Und zwar in jeder Menge. Und je tiefer es wird, desto schlimmer wird es. Und wir haben beim Ritterhaus einen gigantischen technischen Aufwand getrieben, um das zu errichten. Nämlich eine sogenannte Deckelbauweise. Das ist ingenieurtechnisch was ganz Exklusives. Mit Primärstützen auf 30 Meter runter, um die Lasten abzufangen. Denn das Ritterhaus hat drei Tiefgaragengeschosse. Und der Aufwand war astronomisch. Das kann man bei einem Geschäftshaus in den 80er Jahren oder in den 90er Jahren gerade noch machen. Aber bei einer Wohnbebauung heutzutage würde das jedes Maß sprengen. Und es ist ökonomisch überhaupt nicht vertretbar, da ein zweites Tiefgaragengeschoss hinzumachen. Ich habe mich damals schon gewundert, als der Entwurf auf dem Tisch lag. Und habe mir gedacht, mal sehen, wie die das hinkriegen. Das wird nicht funktionieren. Und so ist es ja auch gekommen. Wir können froh sein, dass wir eins drunter gekriegt haben. Weil die Gründung ist echt schwierig.

Nochmal zu Herrn Feigl. Das muss man einfach auch richtigstellen. Sie sagen eben, was war denn da vor zehn Jahren und wo kommen wir denn her? Stimmt einfach nicht, was Sie sagen. Wie eben schon erwähnt, ich habe das Ritterhaus gebaut. Baubeginn war 1994 und die Fläche, über die wir reden, war die Baustelleneinrichtung. Da war schon damals nichts mehr, gar nichts. Also 30 Jahre, nicht zehn Jahre. Und 30 Jahre, das war 1994, kann man leicht rechnen. Und da muss man einfach dazu sagen, das ist nicht die Ausgangslage, die ist nicht so jung, sondern das ist schon lange, lange ein dreckiger Parkplatz oder vorher eine Baustelleneinrichtung. Und man muss auch einfach sagen, das ist jedenfalls meine Meinung, eine Stadt soll grün sein, ja, sie soll lebenswert sein, aber am Ende ist es eine Stadt und eine Stadt, die dient den Menschen zum Wohnen. Und da muss man einfach auch Wohnraum schaffen und kann nicht jedes Eckchen grün machen, weil dann ist es keine Stadt irgendwann mehr, sondern ein Wald. Und da haben wir andere Gegenden dafür. Und Ihre drei Bäume, ganz ehrlich, die retten das Stadtklima auch nicht, zumal sie ja ersetzt werden und kompensiert werden. Und zum Schluss, 3.000 Unterschriften, kann man viel finden. Man kann es auch nicht so viel finden. Ich finde es nicht so überragend viel. Mit 30.000 hätten Sie mich überzeugt, aber 3.000 ist jetzt wirklich auch nicht. Die sammeln Sie in zwei Tagen in der Fußgängerzone, wenn Sie sich anstrengen.

Frau Dr. Wünscher

Auch dafür Dank, das kann man sehr unterschiedlich sehen. Jetzt habe ich Herrn Berkes auf der Rednerliste.

Herr Berkes

Ja, ich gehöre ja nicht zu denen, die die Beschlüsse vor vielen Jahren gefasst haben. Aber ich finde es schon, ich sage mal, sehr erstaunlich und bedenklich, wenn ich jetzt höre, 2017 ist ein Antrag gestellt worden und wir haben darüber immer noch nicht entschieden. Und ich habe vorhin den Satz gehört, wir sind am Ende des Verfahrens angekommen. Also am Ende des Verfahrens, am Ende der Baumaßnahmen, was ich glaube 14 Jahre dann vergangen, wenn ich vorhin gehört habe, 2031. Also ich kann auch nur dafür plädieren, dass wir heute hier zu dem positiven Abschluss kommen.

Zu den drei Bäumen muss ich sagen, es ist ja gesagt worden, welche Kompensationsleistungen es da gibt. Pocket Park, Begrünung der Flächen, der Dachflächen etc. Bäume neu gepflanzt. Also ich denke auch, dass die drei nicht mehr so ganz fitten Bäume das Klima hier in der Innenstadt retten. Und das schlagende Argument hat der Eigendorf schon gesagt, also diese Verpflichtung in der heutigen Zeit 20% sozialen Wohnungsbau da oder für sozial Schwache zur Verfügung zu stellen, das ist für uns auch ein sehr wichtiger Fund und deshalb stimmen wir also bestimmt diesen Beschlüssen heute zu positiv.

Frau Dr. Wünscher

Herrn Raabe auf der Liste. Herr Raabe, bitte.

Herr Raabe

Vielen Dank. Ich finde das ja ganz spannend. Ich glaube, 14 Jahre jetzt darüber zu reden, ist natürlich schon ein langer Zeitraum. Aber ich meine, wenn am Ende das Haus 100 Jahre oder vielleicht noch länger da steht, dann finde ich, sollte man sich die Zeit auch nehmen, damit das in so einer Lage dann auch ein vernünftiges Projekt wird. Und auch wenn, Herr Sehrndt, Sie ja von dem Interesse der Bürger sprechen, dann finde ich, da muss ich jetzt der Fraktion der Grünen hier beipflichten. Dann ist diese Zahl der Anmerkungen, die da eingegangen ist, zu diesen drei Bäumen. Müsste man dann vielleicht doch dem Grünen-Antrag von Ihrer Seite dann zustimmen. Das wäre natürlich auch interessant.

Aber meine Frage bezieht sich nochmal auf einen anderen Aspekt. In diesem B-Plan sind ja auch Gewerbeflächen angedacht. Und da wäre für mich so ein bisschen die Frage, schafft man damit irgendwie Flächenangebote, die jetzt in leerstehenden Flächen bisher noch nicht zu finden sind? Sind das irgendwie besonders kleine, besonders geräumige Ladenflächen mit irgendwelchen besonderen Ausstattungen? Oder ist das nicht am Ende ein Faktor, der da vielleicht nur dafür sorgt, dass woanders dann der Leerstand noch befördert wird? Und dass man nicht in diesem Punkt vielleicht dann auf reine Wohnbebauung zurückgreifen sollte. Genau das so als Frage, wie die Entscheidung da gefallen ist vielleicht.

Frau Dr. Wünscher

Frau Lütgert, bitte.

Frau Lütgert

Also wir befinden uns ja hier in der absoluten Innenstadtlage neben der Leipziger Straße. Und es ist schon an dieser Stelle das städtebauliche Ziel, auch das Ziel des Sanierungsgebiets historischer Altstadt kern, eine Nutzungsmischung anzubieten. Und die Läden haben die üblichen Größen, weil ja durch diese Gestaltung auch als Einzelbaukörper da im Prinzip so ein bisschen den gründerzeitlichen Größenordnungen gefolgt wird. Inwieweit das Leerstand produziert an anderen Stellen oder diese Läden leer stehen, das sind Fragen, die man in so einem Verfahren nicht beantworten kann. Grundsätzlich ist der Vorhabenträger, die Vorhabenträgerin jetzt verpflichtet, das so zu errichten mit diesen Läden im Erdgeschoss und es wird das grundsätzlich wirtschaftliche Interesse sein, dass diese Läden auch genutzt werden. Die haben Größenordnungen, die üblich sind in der Altstadt und eine Ausstattung, die üblich ist. Also was dann eben so zu einem Laden dazu gehört. Es gibt aber noch keine konkreten Nutzer oder Mieterinnen für diese Läden. Ich halte es aber trotzdem für wichtig, daran festzuhalten, weil wir in so einer ganz zentralen innerstädtischen Lage schon auch sonst wiederum das Problem bekommen, dass wir eigentlich nur noch Wohnen dort haben mit entsprechend hohen Schutzansprüchen und an Ruhe und angenehme Wohnatmosphäre, die dann an manchen Stellen kollidiert mit dem, was man sich in einer Altstadt auch wünscht, nämlich dass man sich dort treffen kann, dass es dort

auch lebendig ist und jetzt in zu vielen Tageszeiten auch sich Menschen wohlfühlen können, die nicht notwendigerweise dort auch wohnen müssen.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Frau Lütgert. Herr Rebenstorf möchte sich nochmal dazu äußern.

Herr Rebenstorf

Ja, Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Raabe. Herr Raabe, man muss vielleicht differenzieren zwischen die 1a-Lage Leipziger Straße und insbesondere obere Leipziger Straße. Wir wissen über die Gespräche mit der Wirtschaftsförderung, dass dort Mieten aufgerufen werden, die sich schlicht und ergreifend nicht am freien Markt durchsetzen lassen, weil die Immobilien bewertet sind, teilweise noch aus den 90er Jahren heraus, mit einem Wert, der sich so nicht auf dem freien Markt erzielen lässt. Wenn ich mir die Seitenstraßen jetzt angucke, ohne jetzt so sehr ins Persönliche, auch bei mir selber hier blicken zu lassen, weil das die Öffentlichkeit jetzt nichts angeht, wo ich privat wohne, aber ich habe natürlich auch hier meine Wege in der Stadt zum Stadthaus nach Hause und wenn ich durch die kleinen Seitenstraßen gehe, ja, da ist auch die Wäscherei, wo ich meine Hemden hinbringe und da sind die anderen kleinen Läden, wo ich vielleicht die eine oder andere haushaltsnahe Dienstleistung durchführen lasse, egal ob es jetzt der Friseur ist oder sonst irgendwas. Diese Läden sind im Regelfall unproblematisch.

Es ist tatsächlich nur das, was die 1A-Lage ist, weil die dort Vorstellungen haben, schlicht und ergreifend von Mieten, die sich aufgrund der hiesigen Randbedingungen nicht durchsetzen lassen. So, dass es natürlich immer wieder mal vereinzelt auch Leerstand in den Seitenstraßen geben kann, ja. Da hängt es dann wiederum ab vom Investor, welche Qualität hat er. Ich gehe mal fest davon aus, ein Glasfaseranschluss mit der maximalen Bandbreite, was das Internet heute hergibt, ist Standard bei einem Neubau. Vielleicht liegt es daran, dass es das in einem Altbau in der Seitenstraße eben nicht gibt, warum dann dort das Büro oder der Laden leer steht. Oder der Zuschnitt passt nicht richtig oder die barrierefreie Zugänglichkeit. Bei den Altbauten haben wir halt öfter mal noch die Schwelle, die dazwischen ist. Beim Neubau wird es das in der Form sicherlich so nicht geben. Kommt dann immer wieder auf den Einzelfall drauf an. Aber nochmal für die haushaltsnahen Dienstleistungen, auch für Menschen, die dann oben in den Wohnungen wohnen, brauchen wir einfach diese kleinen, in dem Fall auch bezahlbaren Gewerbeflächen jenseits der Fußgängerzone.

Frau Dr. Wünscher

Jetzt habe ich noch mal Herrn Sehrndt auf der Rednerliste.

Herr Sehrndt

Ich will das nur noch ganz kurzfassen, ich kann das alles gar nicht mehr hören. Das ist einfach so, diese Fraktion, die da drüben sitzt und die quasi die Autoverdammer sind, vielleicht auch von der Verwaltung. Ich frage sie, warum alle nach einer E-Auto-Prämie schreien, weil die unser Unglück ist, dass sie nicht mehr gibt. Ich will da nicht weiter darauf eingehen. Wo wollen Sie die E-Autos hinstellen? Da geht es ja weiter. Die können Sie nicht da hinstellen, wo ein Lastenfahrzeug war. Mehr will ich dazu nicht mehr sagen. Es ist einfach erschütternd und ich muss es nochmal so sagen, wenn Herr Raabe das anders sieht, es sind viele, die ein Auto haben und es sind viele, die mit dem Auto auch beruflich fahren müssen. Das muss man einfach anerkennen. Wenn man das nicht anerkennt, dann gehen wir alle zusammen unter.

zu 5.6.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage "Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 180
Große/Kleine Brauhausstraße – Abwägungsbeschluss" VII/2024/07168
Vorlage: VIII/2024/00643**

Abstimmungsergebnis SKE: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Beschlusspunkt 1 wird geändert und erhält folgende Fassung:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 180 „Große/Kleine Brauhausstraße“ wird **mit folgenden Änderungen** zugestimmt:

Die Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürgern unter II.2 – II. 58 und II.60 (2843 Unterstützende einer Petition „Für den Erhalt der Linden in der Großen Brauhausstraße in Halle (Saale)“ werden insoweit berücksichtigt, dass der Erhalt der drei Straßenbaumstandorte Große Brauhausstraße/Ecke Kleine Brauhausstraße und die vorhandenen Stadtbäume im Bebauungsplan festgesetzt werden.

zu 5.7 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 180 Große/Kleine Brauhausstraße -
Satzungsbeschluss
Vorlage: VII/2024/07169**

Abstimmungsergebnis SKE: mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 180 „Große/ Kleine Brauhausstraße bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B) in der vorgelegten Fassung vom 08.07.2024 einschließlich des dazugehörigen Vorhaben- und Erschließungsplanes (Teil C) in der vorgelegten Fassung vom 08.07.2024, gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.
2. Die Begründung in der vorgelegten Fassung vom 08.07.2024 wird gebilligt.

zu 5.8 **Satzung über die Aufhebung der Entwicklungssatzung Heide Süd
Vorlage: VIII/2024/00247**

Frau Lütgert führte in die Beschlussvorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Nistripke sagte, dass die Aufhebung der Entwicklungssatzung seiner Meinung nach schlüssig erscheint. Er bezog sich auf die Bevölkerungszusammensetzung und bat um weitere Ausführungen. Des Weiteren sagte er, dass es in der Beschlussvorlage Hinweise zu ausstehenden Zahlungen bezüglich der im Bundesbesitz befindenden Häuser gab. Er bat um Erläuterung.

Frau Lütgert antwortete, dass die Bevölkerungszusammensetzung in diesem Stadtteil sehr stabil ist. Zudem ist Heide-Süd in allen Bürgerumfragen immer wieder einer der beliebtesten Stadtteile. Bezüglich der entwicklungsbedingten Ausgleichsbeträge für die Vogelsangsiedlung ist die Eigentümerin die Bundesrepublik Deutschland. Das Baugesetz sieht vor, wenn die Kommune in Größenordnungen investiert und dadurch eine Wertsteigerung erfolgt, dann ist die Kommune verpflichtet, die Wertsteigerung abzuschöpfen. Dazu bedarf es eines neuen Gutachtens zur Höhe der Wertsteigerung.

Herr Berkes bezog sich auf die Ausgleichsbeiträge und bat um nähere Aussagen.

Frau Lütgert verwies auf die davor gegebene Antwort. Dabei handelt es sich um ca. 850.000 Euro (Berechnungsstand vor ca. 10 Jahren).

Herr Feigl fragte, ob dies für das gesamte Entwicklungsgebiet angewendet werden muss.

Frau Lütgert antwortete, dass das für die Bereiche des Entwicklungsgebiets anzuwenden ist, wo nicht die Stadt Verkäuferin der Flächen ist.

Herr Nistripke zeigte an, dass er sich im Mitwirkungsverbot nach §33 KVG LSA befindet.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Dr. Wünscher** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des § 169 Abs. 1 Nr. 8 in Verbindung mit § 162 Abs. 1 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) die in der Anlage 1 beigefügte Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung des Entwicklungsgebietes „Heide Süd“.
2. Der Geltungsbereich der Aufhebungssatzung umfasst die in der Anlage 2 zu diesem Beschluss im Lageplan vom 26.08.2024 dargestellten Flächen und in der Anlage 3 in der Flurstücksliste vom 28.08.2024 aufgeführten Grundstücke und Grundstücksteile.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung dargestellte Begründung zur Aufhebung.

zu 5.9 Standortkonzept für Alttextiliencontainer auf öffentlichen Flächen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2024/06794

Herr Rebenstorf führte in die Beschlussvorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Dreher fragte, was mit den Altkleidern nach der Entsorgung passiert.

Herr Herrmann antwortete, dass die Gewerbetreibenden dazu keine Auskünfte geben.

Herr Eigendorf fragte, welche Standorte wegfallen werden.

Herr Herrmann antwortete, dass sich viele Wertstoffinseln auf nicht städtischen Grundstücken befinden.

Herr Wagner fragte, ob es geplant ist, mehrere unterirdische Glascontainer zu installieren und diese entsprechend sinnvoll zu verteilen.

Herr Herrmann antwortete, dass nur wenige Glascontainer geplant sind, weil die Unterfluranlagen in der Errichtung und auch in der Unterhaltung sehr teuer sind.

Frau Hünert bezog sich auf die externen Betreiber der bestehenden Container und fragte, ob es für alle Standort in 2025 bereits Bewerber gibt.

Herr Herrmann antwortete, dass es bisher keine feste Anzahl an Standplätzen gab. Ein gewerblicher Sammler zeigt seine Sammlungen beim Team Sondernutzung, oftmals schon mit konkreten Standortwünschen, an. Nach einem Abwägungsprozess innerhalb der Verwaltung wird die Entscheidung dann mitgeteilt. Zudem gibt es eine hohe Fluktuation bei gewerblichen Sammlern.

Herr Feigl äußerte seinen Unmut, dass dieses Konzept keine Zielstellung formuliert.

Herr Herrmann teilte mit, dass eine Übermöblierung des öffentlichen Raumes bei steigenden Alttextilienpreisen vermieden werden soll. Durch das Konzept ist es möglich, die Standorte einzuschränken. Des Weiteren geht es um die Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Die Stadt, als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, ist verpflichtet, dass die Alttextilien getrennt erfasst werden.

Herr Aldag sagte, dass die HWS 95 eigene Container hat und fragte, ob diese in den Standorten miterfasst wurden.

Herr Herrmann bejahte dies.

Herr Dreher bezog sich auf seine eingangs gestellte Anfrage und fragte, ob die Gewerbetreibenden dazu Auskunft geben können.

Herr Herrmann antwortete, dass es nach seiner Auffassung wenig Erfolgsaussichten auf eine Antwort gibt. Es besteht durch die Gewerbetreibenden keine Auskunftspflicht.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Dr. Wünscher** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt das Standortkonzept für Alttextiliencontainer auf öffentlichen Flächen der Stadt Halle (Saale).

zu 5.10 Änderung der „Satzung zum Ausgleich ermäßigter Ausbildungstarife im
Ausbildungsverkehr in der Stadt Halle (Saale) - Ausgleichssatzung
(AusglS)“,
Vorlage: VIII/2024/00249

Herr Roesler brachte die Beschlussvorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Feigl fragte, ob es ein Rechenmodell bezüglich der 3.515.400 Euro gibt.

Herr Roesler antwortete, dass sich die Verteilung der Gesamtsumme in Höhe von 31 Millionen Euro für Sachsen-Anhalt aus dem Verteilerschlüssel (Anzahl Schüler, Anzahl Wegentfernung) ergeben hat.

Herr Rebenstorf verabschiedete Herrn Roesler in den Ruhestand und bedankte sich für die geleistete Arbeit und die tolle Zusammenarbeit und wünschte ihm für die Zukunft alles Gute.

Herr Roesler bedankte sich.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Dr. Wünscher** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die fünfte Änderung der Satzung zum Ausgleich ermäßigter Ausbildungstarife im Ausbildungsverkehr in der Stadt Halle (Saale) - Ausgleichssatzung (AusglS).

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Einrichtung zusätzlicher Parkplätze
unter der Hochstraße
Vorlage: VIII/2024/00374

Herr Vierkant brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Rebenstorf

Wir setzen das um, Herr Eigendorf. Sie wollten eine kurze Antwort, also ich mache es ein bisschen ausführlicher. Sie wissen, dass das Projekt etwas länger geht. Frau Trettin begleitet das von Anfang an. Ursprünglich haben wir vorgesehen, eine drei Meter breite Brücke zu realisieren, was auch zumindest dem damaligen Planungsbeginn, also es ist ja schon fast anderthalb Jahrzehnte her, dem Regelwerk entsprach. Irgendwann sind Vorschriften geändert worden, dass eine kombinierte Fußgänger-Radfahrerbrücke wenigstens vier Meter breit sein soll. Ich verweise mal auf unsere neulich, Herr Geier und ich, eingeweihte Brücke über die B80-Fußgängerbrücke.

So, als Sie kamen mit Ihrer Anfrage, haben wir das verneinen müssen, weil es eine Freigabe dann nur für Fußgänger gegeben hätte und nicht für Radfahrer. Wir sind dann aber weil absehbar war, das wird eine Diskussion auslösen, über die Sommerferien in diesem Jahr nochmal in uns gegangen und haben gewälzt und geprüft, was geht. Hat auch was mit Grundstücksverfügbarkeit zu tun gehabt. Es hat Auswirkungen auf Rampenlängen, dass es eine barrierefreie Erschließung auf der Altstadtseite, also auf der Seite des Pfälzer Ufers geben muss.

Lange Rede, kurzer Sinn, wir kriegen es technisch hin, dass wir eine vier Meter breite Brücke bauen können, die demzufolge nicht nur für Fußgänger, sondern auch für Radfahrer freigegeben werden kann. Ich hatte bereits an anderer Stelle schon ausgeführt, das wird nochmal Auswirkungen auf die Gestaltung haben, weil wir auch mit den Kosten zurechtkommen müssen. Wir haben einen Fördermittelbescheid und sehen Sie mir nach, ich weiß die Summe jetzt nicht vollständig auswendig, dass wir, wir müssen mit den Kosten hinkommen, wir werden auch mit den Kosten hinkommen und Sie werden das Projekt hier nochmal sehen, weil es erfordert grundsätzlich nochmal eine Änderung des Baubeschlusses. In dem Zusammenhang werden wir Ihnen auch einen Vorschlag für die Gestaltung unterbreiten, sodass wir sowohl eine ordentliche Gestaltung, eine geometrische Führung der Rampe hinbekommen und Sie sehen, dass wir dann auch mit den Kosten zurechtkommen an der Stelle. Also das ist der weitere Fahrplan. Ich gucke jetzt nur mal kurz zu den Kollegen. Es wird Anfang kommenden Jahres sein, ohne jetzt den Monat schon festlegen zu wollen, weil dazu sind wir noch in der finalen Abstimmung. Würden Sie die entsprechenden Vorlagen bekommen, wo Sie sehen, dass es machbar ist, eine kombinierte Fußgänger-Radfahrerbrücke in dem Bauraum, der dort nun mal zur Verfügung steht, zu realisieren.

Frau Dr. Wünscher

Ich sehe jetzt eine Wortmeldung von Herr Eigendorf als Nachfrage. Dann Herr Feigl, bitte.

Herr Aldag

Ich, alles gut. Herr Rebenstorf, Sie hatten es gerade nochmal angekündigt, gesagt, alles kein Problem, machen wir halt einen Meter breiter, wird dann ein bisschen anders aussehen. Jetzt ist ja eine Brücke nicht irgendwie wie eine Straße oder ein Gehweg, wo ich einfach sage, ich versetze die Borde und mache das halt mal ein bisschen breiter. Da hängt ja Statik und weiß der Kuckuck was zusammen, auch Gestaltung. Was hat das für Auswirkungen jetzt auf die Planung? Das macht ja ein Planer auch nicht irgendwie umsonst, weil ich glaube, da muss man so eine Brücke... Ich weiß nicht, wie kann man sich das vorstellen, das muss man komplett neu planen oder fast neu planen. Wie gesagt, die Statik muss zumindest neu gemacht werden, das muss alles nochmal neu durchgerechnet werden. Also was für Auswirkungen hat das?

Und dann wäre noch die Frage, wir haben jetzt immer so ein Bildchen gesehen, wie die Brücke aussieht. Das war schon lange her, als das Bildchen gemacht wurde. Ich weiß gar nicht mehr, ob es überhaupt noch so aussieht. Aber wie sieht das Ding dann nachher aus?

Also, ich finde es jetzt schwierig. Schön, dass wir dann vier Meter breite Brücke haben. Aber wenn sie, ich sage es nicht, wenn sie dann nicht schön aussieht, sagen wir es mal so, haben wir irgendwie auch nichts gewonnen. Also ich will da keine hässliche Brücke über die Saale haben, in dem Bereich. Also, wenn das anfangs ein graziles Bauwerk war mit Seilen und was weiß ich. Und wir haben jetzt irgendwie eine massive Konstruktion, weil wir sparen müssen und weil es vier Meter breiter ist. Glücklicherweise wäre ich dann damit nicht.

Frau Dr. Wünscher

Ja, Herr Rebenstorf, bitte nochmal.

Herr Rebenstorf

Sie kennen doch die ganze Genese von dieser Brückengeschichte. Man hat mal eine Planung gemacht, man hat eine Lösung gefunden, man hat Beschlüsse herbeigeführt und es gab kein Geld. So, dann lag das ewig rum, dadurch erklärt sich ja die große Lücke. Wenn wir keine Eigenmittel haben, das ist einfach mal der Fall, muss man ein entsprechendes Fördermittelprogramm suchen. Dadurch, dass sehr viel Zeit ins Land gegangen ist, und das haben wir bei allen Beschlüssen, die wir hier fassen, wenn wir sie nicht zeitnah umsetzen, kommt der Gesetzgeber auf Ideen, Veränderungen vorzunehmen an Randbedingungen. Und dann ist das, was man mal geplant hat, obsolet, weil es passt nicht mehr.

Was wir im Moment gemacht haben, ist, mit überschaubarem Aufwand zu prüfen, geht die Geometrie. Dazu brauche ich noch keine statische Berechnung im Detail, sondern Länge, Breite und Rampenneigung. Simple Mathematik, passt das auf den bestehenden Grundstücken, komme ich mit Abstandsflächen hin, geht das mit dem Kurvenradius und so weiter und so fort. Das haben wir vorgenommen. Um jetzt weiter planen zu können, brauchen wir einen geänderten Baubeschluss, den werden wir Ihnen vorlegen. Und was am Ende des Tages schön oder nicht schön ist, können wir philosophieren bis zum Gehnichtmehr. So wie das Bild aussieht, hätte die Brücke ja sowieso nicht ausgesehen, weil sie sich ja im Detail immer weiterentwickelt hat. Man hat immer wieder das gleiche Imagebild verwendet, obwohl sie im Detail an vielen Stellen schon anders aussah.

Wenn es mit einer Pylonen Konstruktion nicht geht, gibt es andere Möglichkeiten, vom Fachwerk angefangen, über einen Unterzug, der unten drunter kommt, oder ein Rahmenbauwerk. oder was auch immer, ein Kassenprofil oder was auch immer. Und am Ende ist es dann jedes Mal die Frage, was ist schön oder was ist nicht schön. Wie fügt sich etwas ein, wie fügt sich es nicht ein. Und weil Sie sagen, wir haben halt nur das Geld, was wir haben. Es wird keine Erhöhung geben, es wird aus dem Haushalt der Stadt keine 1, 2 oder 3 Millionen extra geben. Und dann ist der Punkt, wo wir uns wieder in die Augen schauen müssen, kommen wir aus dieser Endlosschleife dort nicht raus, dass wir sagen können, wir kriegen die Gestaltung, die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Finanzierung unter einen Hut, wird es halt schwierig irgendwann. Dann werden wir es nicht realisieren.

Unabhängig davon, finden wir es nach wie vor wichtig, dass wir diesen Brückenzug realisieren an der Stelle. Auch aufgrund der Entwicklungen, die man auf der Salineninsel vorgenommen hat. Selbst vor dem Hintergrund, also egal ob das jetzt die Saline, also das Museum selber ist, ob das der Bereich um den Sophienhafen ist oder sonst was dort vollzogen wurde. Nur als Erinnerung. Im Süden hat man die alte Eisenbahnbrücke, um wieder zurück auf die Festlandseite zu kommen. Nördlich der Mansfelder Straße verliert sich die Nordspitze der Salineninsel irgendwann in der Sackgasse und man muss wieder zurück, auch wenn wir die Mansfelder Straße saniert haben, alles in einem ordentlichen Zustand. Aber jeder weiß, allein durch die Straßenbahnbelastung ist die halt hoch belastet. Und hier geht es darum, tatsächlich Tourismusrouten, Freizeitrouten nochmal zu aktivieren. Auch im Querbezug Ost-West, aber auch die beiden überörtlichen Radwege, die da drüber geführt werden sollen. Sonst kriegen wir auch keine Förderung. Nochmal danke für den Hinweis.

Frau Dr. Wünscher

Dann habe ich jetzt nochmal Herrn Eigendorf und ich frage Sie gleich, ob Sie den Antrag vielleicht für erledigt erklären, weil die Verwaltung handelt, Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf

Ja, ich bin ganz begeistert. Also ich möchte ja ungern jetzt die Diskussion über Brückenästhetik bremsen, aber ich glaube, die Verwaltung setzt jetzt doch das um, was wir wollen und was wir ursprünglich auch beschlossen haben, deswegen beantrage ich Wortprotokoll und ziehe den Antrag zurück.

Frau Dr. Wünscher

Also Wortprotokoll gegen Zurückziehung des Antrages, das ist es jetzt.

Herr Eigendorf

Und die Ersparung einer Diskussion über Brückenästhetik.

Frau Dr. Wünscher

Möchten Sie sich noch äußern?

Herr Feigl

Vielleicht nur ein Satz, da Sie ja doch einen relativ großen Schritt jetzt wieder zurückgehen müssen, in der Nachberechnung wäre es vielleicht doch sinnvoll, noch mal über Standorte sich zu unterhalten und nachzudenken, um dieses Brückenkonklamerat, was wir an einer Stelle haben, ein Stückchen aufzulösen, in Richtung Norden aufzulösen. Also ich halte nach wie vor den Standort Würfelwiese und dann rüber, also direkte Anbindung an die Kotgrabenbrücke für die bessere Variante.

Frau Dr. Wünscher

Herr Feigl, ich würde jetzt gerne die Diskussion an dieser Stelle beenden. Ich habe Ihnen nochmal das Wort gegeben. Eigentlich war der Antrag schon zurückgezogen, sodass wir eigentlich auch gar nicht mehr hätten reden. Das war eher eine Anregung und jetzt, denke ich mal, können wir in der Tagesordnung fortfahren.

-Wortprotokoll Ende-

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die Planung der Salinebrücke (Fußgänger- und Radfahrerbrücke Franz-Schubert-Straße) wird mit dem Ziel überarbeitet, die Brücke mit dem Fahrrad befahrbar zu machen. Die Trassenführung wird so gestaltet, dass sie in den Saaleradweg einbezogen werden kann.

**zu 6.3 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der CDU-Fraktion zum straßenbegleitenden Radweg Magdeburger Chaussee
Vorlage: VIII/2024/00264**

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Vierkant wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Eigendorf

Sehr gerne, Frau Vorsitzende. Vielen Dank für das Wort. Es ist jetzt, glaube ich, mittlerweile

schon mehr als vier Jahre her, dass Kollege Bernstiel das erste Mal zu dem Thema Initiative gestartet hat. Und wir stellen an dieser Stelle immer noch fest, dass wir da noch nichts haben, was ein straßenbegleitender Radweg ist, beziehungsweise eben auch die Verbindung ins Umland sicherstellt. Deswegen möchten wir an dieser Stelle das Thema gerne aufgreifen.

Warum möchten wir es aufgreifen? Wir wissen, wir haben vorhin an anderer Stelle darüber gesprochen, dass es manchmal Landes-, dass es Bundesförderungen gibt, die dann aber meistens auch so gestrickt ist, dass man eine fertige Planung in der Schublade haben muss, weil sonst mit den Antragsfristen nur schwer noch ein erfolgreich, also ein erfolgsversprechender, baureifer Antrag zu stellen ist. Deswegen ist unser Anliegen, mit diesem Antrag dafür zu sorgen, dass so eine entsprechende Planung durch die Stadtverwaltung schon erstellt wird und wir die Möglichkeit haben, wenn es entsprechende Fördermöglichkeiten durch Land und Bund gibt, eben auch diese gute und wichtige Verbindung für den Radverkehr zwischen dem Umland und Halle sicherzustellen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Frau Dr. Wünscher

Danke für die nochmalige Einbringung, Herr Eigendorf. Für die Verwaltung wird sich Herr Schültke jetzt dazu äußern.

Herr Schültke

Ja, ich beginne und würde dann gerne an den Kollegen Jens Otto weitergeben. Vielleicht zur Genese nochmal. Dieser straßenbegleitende Radweg an der L50 Magdeburger Chaussee ist zustande gekommen als Impuls in einem Austausch zwischen Landesstraßenbauverwaltung, die uns angekündigt hat, selber tätig werden zu wollen, um diese, ich nenne es jetzt mal Stadt-Umland-Radweg-Verbindung umzusetzen. Wir haben damals aufgrund noch verfügbarer Fördermittel des Landes es in kurzer Zeit hinbekommen, diese Fördermittelzusage zu erhalten und die Planung auch tatsächlich in einem relativ kurzen Zeitraum in diesem Stück umzusetzen, wohl wissend, dass wir nicht das Idealtypische im Sinne einer durchgängigen Radwege-Infrastruktur bauen können, sondern nur ein erstes Stück. Das Dilemma, das jetzt entstanden ist, ist, dass außerhalb der Ortsgrenze das, was angekündigt war, noch nicht umgesetzt werden konnte durch die Landesstraßenbauverwaltung und wir innerhalb natürlich jetzt vor der Abwägung stehen, welche weiteren Radverkehrsinfrastrukturprojekte wir in der näheren Zukunft umsetzen können und welche nicht. Das ist eine Prioritätendiskussion, logischerweise. Wir haben eine Radverkehrsgesamtkonzeption und da knüpft jetzt Jens Otto gerne an, um Ihnen auch mal das Dilemma etwas näher zu bringen.

Frau Dr. Wünscher

Herr Otto, bitte.

Herr Otto

Meine Damen und Herren, vielleicht nochmal ergänzend dazu, das war eigentlich ein Glücksmoment, dass es uns gelungen war, dieses kleine Schnüppelchen dort zu realisieren, weil es möglich war, in diesem Abschnitt unter Wegnahme der überbreiten Fahrbahn die Radverkehrsanlage überhaupt integrieren zu können, ohne in Privatgrundstücke zu müssen, ohne allzu große Umweltbetroffenheiten zu erzeugen. Wir haben trotzdem mit einem Wahnsinnsaufwand dort Baumbrücken oder Wurzelbrücken gebaut, sonst wäre das Vorhaben in der Zeit mit den Fördermitteln auch für uns überhaupt nicht umsetzbar gewesen. Der Landesstraßenbaubehörde ist leider noch nicht, bei weitem noch nicht so weit, dass wir irgendwie eine baureife Planung haben, Baurecht haben etc., sodass da also noch relativ viele Jahre sicherlich ins Land gehen werden. Wir haben insofern auch noch sogar schneller, als wir in der Antwort geschrieben haben, geprüft, was machbar ist.

Mal bitte jetzt die erste Folie. Also der Bereich, da ist ja heute auf der Westseite ausgeschildert mit Gehweg/Radfahrer frei, ist in einem sehr variablen Zustand. Es gibt Abschnitte, die sind relativ gut ausgebaut, es gibt Abschnitte, die sind allerdings bei weitem nicht so gut, sodass man aber trotzdem ja Stadteinwärts mit diesem Schnüppelradweg, was wir gebaut haben, von der OD-Grenze bis zur Binnenhafenstraße, bis zur Straße an der Saalebahn, eine Radverkehrsanlage erstmal haben. Wir haben eine relativ hohe KFZ-Belegung, aber wir haben ein sehr, sehr geringes Radverkehrsaufkommen.

Bitte mal nächste Folie. Wir haben dann mal geprüft, in einer Variante, auch mit Querschnitten hier unterlegt, also das ist keine technische Planung von einem Ingenieurbüro, sondern das hat ein Berufsanfänger bei mir in der Abteilung gemacht, mal was überhaupt nötig wäre, welche Abschnitte hier rot dargestellt, wo also Umbauten erforderlich sind. Die sind dann in der Summe allerdings doch recht üppig, sodass es, sag ich mal, ohne Förderung wenig Sinn macht, das mit Eigenmitteln umzusetzen.

Dann mal bitte nächste Folie. Es gäbe dann die Variante auf der Ostseite den begonnenen Radweg fortzusetzen. Da haben wir allerdings im Bereich Binnenhafenstraße hier rot dargestellt das Thema, dass wir dort Grunderwerb von Dritten haben, sodass wir wahrscheinlich in eine Planfeststellung müssen mit allen zeitlichen Entwicklungen.

Und dann mal bitte nächste Folie. Gibt es noch die Variante beidseitig dort was anzubieten zwischen Binnenhafenstraße und an der Saalebahn. Das wäre eben die aufwendigste Lösung, die natürlich da auch einer Planfeststellung bedarf.

Mal bitte nächste Folie. Wir stimmen da mit Ihnen völlig überein, dass eine Radverkehrsanlage wünschenswert wäre. Wir haben allerdings in diesem Abschnitt eine Belegung vom Radverkehr mit deutlich unter 100 Radfahrern am Tag, eher geradezu zweistellig muss man sagen. Und dazu mal zum Vergleich, wir haben zurzeit in der Planung, die Ludwig-Wucherer-Straße ist ja fertiggestellt worden, da hatten wir zwischen 1000 und 3000 fast Radfahrern am Tag. In der Waldstraße haben wir heute gezählt 250 Radfahrer am Tag. In der Lieskauer Straße so circa 130 und selbst wenn man positiv rangeht, was wir ja zum Beispiel bei der Delitzscher Straße erlebt haben mit ordentlichen Anlagen etc. von der Verdreifachung der Radverkehrsmenge ausgeht, ist natürlich die Frage, ob man jetzt die geschilderten Maßnahmen zurückstellt im Sinne der Aufgabenkritik und dieses Vorhaben für diese ganz geringe Radverkehrsmenge und der nur sehr langfristigen Aussicht einer Verlängerung im Saale-Kreis jetzt angeht. Oder ob man, das wäre ja die Empfehlung der Verwaltung, nicht die wenigen vorhandenen Kapazitäten darauf beschränkt, die zurzeit in der Pipeline befindlichen Radverkehrsmaßnahmen weiter vorzubereiten.

Nur nochmal zur Erinnerung, wir sind hier, wir zahlen aus einem anderen Projekt an der Landesstraße. Eine Planfeststellung würde nach Abstimmung mit der Planfeststellungsbehörde, wäre hier Landesverwaltungsamt, ca. zwei Jahre dauern. Ein nicht ausgeschlossenes Klageverfahren rechnet das Landesverwaltungsamt mit einer Zeit von drei Jahren. Das heißt also nur für die Baurechtsschaffung ohne Planung wäre hier ein Zeitraum von fünf Jahren nicht unwahrscheinlich.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Otto. Jetzt habe ich Herrn Feigl gesehen. Herr Feigl, bitte.

Herr Feigl

Ich fange mal mit den letzten an, mit der Zeitschiene. Das wäre ja eigentlich ein Argument, jetzt damit anzufangen, damit man dann frühzeitig in die Umsetzung kommt. An der Stelle von vorhandenen Radwegen oder Rad- und Fußwegen zu sprechen, das finde ich schon abenteuerlich. Ich weiß nicht, wann Sie das letzte Mal dort mit dem Fahrrad lang gefahren sind. Ich habe das hin und wieder getan, nämlich am Ende dieser Straße, also ungefähr am

Ortsausgang, da befindet sich das Jump House. Das ist durchaus bei Kindern und Jugendlichen ein beliebter Ort, um Freizeit dort zu verbringen. Und eigentlich kommt man da nicht hin, wenn man nicht mit dem Auto fährt. Kommt man da gar nicht hin. Also da ist sozusagen zwingend das Hinbringen und Abholen der Kinder notwendig. Ich habe es ein, zwei Mal mit meinem zwölfjährigen Sohn gemacht, dass wir da mit dem Fahrrad rausgefahren sind. Da habe ich Blut und Wasser geschwitzt. Das geht gar nicht. Und das erklärt natürlich, warum da keiner Fahrrad fährt. Da kann man nicht Fahrrad fahren, eigentlich gefahrlos an dieser Stelle. Von daher spricht eigentlich einiges dafür, wenn dann sozusagen eine zu erwartende Umsetzung im Saalkreis dann irgendwann folgt, wäre das sozusagen, würde das Ganze bei mir auch ein bisschen in der Priorität hochrutschen. Und wofür verwenden wir aktuell unser Geld aus den Förderungen des Fahrradtopfes? Für den Kreisel am Kreuzvorwerk. Also von daher Priorisierung. Ist die Verbesserung am Kreuzvorwerk wirklich so viel mehr wert, als die grundlegende Fahrradverkehrsanlage in der Magdeburger Chaussee dort zu machen? Da habe ich meine Zweifel, ob das die richtigen Prioritäten sind.

Frau Dr. Wünscher

Herr Schültke wird auf Ihre Frage antworten.

Herr Schültke

Ich fasse noch mal zusammen. Wir haben ja Ihnen dargestellt, das steht auch sogar hier, dass die Radverkehrsanlage wünschenswert wäre. Die regelkonforme Herstellung erfordert eine Planung, egal welche Variante, die mindestens ein Planfeststellungsverfahren bedarf. Und wenn ich weiß, dass ich sogar Grundstückserwerb notwendig mache, um eine solche regelkonforme Planung umsetzen zu können, dann weiß ich, dass ich mich auf einen längeren Zeitraum einlassen muss. Und jetzt kommen wir mit einem Argument, das Sie nicht gerne hören, aber ich sage es, wie es ist. Ich habe 94 Planstellen in meinem Fachbereich und davon sind 80 besetzt. Und allein im Bereich der Straßenplanung und Verkehrsplanung fehlen mir fünf Ingenieure und es bewirbt sich keiner. Warum nur. Es ist einfach ein Kapazitätsproblem auch.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Schültke. Herr Eigendorf, bitte noch mal.

Herr Eigendorf

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Herr Schültke, Sie kennen mich. Ich neige ja nicht zu Übertreibungen, deswegen sage ich das ganz neutral. Das ist ja eigentlich aber der verwaltungsfreundlichste Antrag, den wir, glaube ich, also mindestens seit vier Wahlperioden gestellt haben.

Von wo kommen wir? Wir sind uns einig, wir wollen diese Radverkehrsanlage. Da sind wir total beieinander. Jetzt haben wir überlegt, die SPD und die CDU, was machen wir jetzt? Und wir wissen das ja auch, weil Sie das ja immer wieder erzählen, wie die Situation ist. Und auch bei Stadträten so nach dem vierten Mal bleibt es ja hängen. Was haben wir also geschrieben? Einen Antrag, dass Sie das, was wir beide wollen, schon mal in eine Planung gießen sollen. Und das Einzige, was wir reingeschrieben haben, ist, Sie sollen umgehend damit beginnen. Wir haben ja nicht mehr geschrieben, und mit der Planung sollen Sie fertig sein in zwei Monaten, in fünf Monaten, in einem Jahr. Weil wir wissen, wie die Situation ist. Wir lassen Ihnen hier, weil wir, glaube ich, auch die Freiheit, die Sie brauchen, und die auch bei der aktuellen Personalsituation, gerade in Ihrem Bereich, auch realistisch ist. Es geht nur darum, dass wir diesen Weg schon mal bestreiten, weil wir ja alle das gleiche Ziel haben. Und wenn wir jetzt auf den zweiten Satz gehen, auch da sagen wir ja nur, wir möchten, dass die Stadtverwaltung sich nochmal mit der Landesstraßenbaubehörde, mit dem LSBW, zusammensetzt. Ergänzen auch gerne mit dem Saalekreis, um die Frage des Anschlusses zu klären. Also, wir wollen das Gleiche. Wir lassen Ihnen die notwendige und die nötige

Beinfreiheit. Ich glaube, Sie könnten milder mit uns sein, Herr Schültke.

Frau Dr. Wünscher

Bitte nochmal, bitte nochmal, Herr Schültke.

Herr Schültke

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Wir haben sowieso regelmäßig unseren Quartals-Jour fixe mit der Landesstraßenbauverwaltung. Der wird jetzt wieder im ersten Quartal des neuen Jahres anstehen. Ich werde dann nochmal gezielt dort nachfragen, welche zeitliche Perspektive man denn dort auch anpeilt, um in die damals schon angekündigte Weiterplanung zu gehen und dann werden wir Sie informieren, wie wir möglicherweise einen Planungshorizont aufbauen können.

Frau Dr. Wünscher

Herzlichen Dank. Herr Godenrath, bitte.

Herr Godenrath

Entschuldigung, danke, dass ich reden darf. Also die verwaltungsfreundlichste Vorlage wäre, indem wir das einfach so, wie es ist, wegwerfen. Das wäre verwaltungsfreundlich. Genau, das ist konstruktiv. Wissen Sie warum?

Vielleicht schauen Sie einfach mal auf den Stadtplan und dann sehen Sie, dass die Brachwitzer Straße sich verlängert und dann in die Binnenhafenstraße übergeht. Das heißt, man könnte als Fahrradfahrer genau diesen Weg, den Sie wieder verengen wollen, was Anderes geht Ihnen ja nicht durch den Kopf, das hat man ja schon beim letzten Mal bei der Brücke über die B80, wo man einen Grünstreifen bauen möchte und eigentlich, aus meiner Sicht, einen gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr begeht, wenn man das umsetzt, so wie man das plant. Also, man braucht diesen Fahrradweg nicht, weil es ist eine verkehrliche Umfahrung für die Fahrradfahrer vorhanden. Also das braucht man nicht. Und hier würde man wieder einen nicht ganz unwesentlichen Abschnitt, wir haben es ja auch gehört, von dem Herrn, dass dieser Weg, ich sag mal, relativ stark frequentiert ist. Wir haben ja auch Ab- und Zufahrten, einmal in das Kaufland, ich sag mal, Einkaufsgebiet, dann links und rechts, also rechts haben wir ja dann den Toom Baumarkt, ist es, glaube ich, Baumarkt und dann so ein anderer, ich sag mal, Kleingewerbe. Das heißt, es ist so relativ stark frequentiert. Und wenn ich mir das betrachte und ich kann als Fahrradfahrer völlig entspannt, völlig gefahrenfrei das Ganze umfahren, dann widerspricht das, ich sag mal, hier wieder, ich sag mal, Vorplanungen zu übernehmen für etwas, was wir heute noch gar nicht kennen und da wieder Kapazitäten, wir hatten es ja vorhin bei dem Antrag der AfD, was die Frage angeht, mal zu prüfen, inwieweit man eventuell Parkplatzflächen etwas effizienter nutzen kann unter der Hochstraße. Da wurde ja auch mit dem Argument entgegnet, man hat halt andere Kapazitäten, ich sag mal, für was Anderes übrig.

Also das wäre etwas, wo ich sage, es ist Unsinn. Es ist zwar schön, wenn ich überall auf geraden Wege, ohne Umwege hinkomme, das kann ich aber nicht, das kann ich nicht immer gewährleisten, das kann ich in der Stadt nicht machen und das kann ich dort auch nicht machen und erst recht nicht aus meiner Sicht, wenn ich das Ganze völlig gefahrlos umfahren kann, weil eine Straße ist schon da.

Frau Dr. Wünscher

Herr Feigl, bitte doch mal.

Herr Feigl

Also manchmal, Herr Godenrath, manchmal reicht es halt nicht, auf Google Maps zu gucken, da muss man die Örtlichkeiten vor Ort kennen. Und wenn Sie das mal abfahren, wird Ihnen dann ganz schnell auffallen, dass sowohl die, ach wie heißt sie denn, also die Straße, die

zum Hafen führt, von der Binnenhafenstraße und dann eben auch entsprechend der Stich dann wieder auf die Magdeburger Chaussee wieder drauf führt, dass das, vom Zustand her nicht besonders tolle Straßen sind, dass da ein Fahrradweg auch völlig fehlt und dass dann natürlich auch im Umfeld des Hafens einiges an Wirtschaftsverkehr auch da sich abspielt. Also das als Alternative zu verkaufen, das funktioniert nicht wirklich an dieser Stelle.

Und vor allen Dingen, was Sie völlig auslassen, ist, natürlich gibt es auch Ziele entlang der Magdeburger Chaussee, wo man vielleicht als Fahrradfahrer hin fahren möchte. Also man möchte ja nicht nur in den Saalkreis, nicht nur die Stadt verlassen, auch wenn das manchmal ganz nett ist, aber auch das muss man einfach mit einpreisen. Von daher, Ihre Argumentation, das ist, also sehen Sie es mir nach, aber das ist Quatsch, an dieser Stelle, wie Sie hier argumentiert haben, weil Sie die Hälfte auslassen.

Frau Dr. Wünscher

Herr Godenrath, möchten Sie nochmal erwidern?

Herr Godenrath

Ich weiß, Sie wollen kein Zwiegespräch, aber, wenn man direkt angesprochen wird, sollte man wenigstens versuchen, darauf zu antworten, ich versuche, mich kurz zu halten.

Sie haben nicht ganz Unrecht, was die Frequentierung der Straße angeht. Aber das Argument ist immer noch, man kann nicht überall von A nach B auf geradem Wege, auf direkten Wege hinfahren. Und wenn eine Umfahrung für diesen Abschnitt vorhanden ist und wenn man dann unter der Gesamtbetrachtung des Abschnittes, um den es hier geht, ich sage mal, der Abwägung, die Umfahrung definitiv, ich sage mal, eine Möglichkeit wäre, auch wenn die Straße nicht in dem schönsten Zustand ist, wie sie dort eventuell, ich sage mal, von der Planung her so angedacht ist, schön gerade, geradeaus und ohne Probleme, das kann man halt nicht immer überall darstellen. Und ich sage mal, hier muss man Aufwand und Nutzen einfach mal, ich sage mal, abwägen. Und Aufwand und Nutzen steht in überhaupt keinem Verhältnis.

Wenn vielleicht mal irgendwann in ferner Zukunft irgendein Radweg vom Saalkreis in die Stadt reinführt und man über die Gesamtlage darüber nachdenkt, wie ich in den Saalkreis auf dieser Strecke, ich sage mal, hinausfahren kann mit dem Fahrrad. Und wir haben ja vorhin gehört, es waren nicht viele oder sind nicht viele Fahrradfahrer. Und eins vielleicht, ich fahre auch ab und zu mal Fahrrad. Ich bin zwar passionierter Autofahrer und fahre auch gerne und das auch schnell, aber ich fahre auch gerne Fahrrad und ich bin die Strecke auch abgefahren. Und deswegen weiß ich, so wie Sie es darstellen, ist es auch nicht ganz, aber wir müssen ja nicht, ich sage mal, übertreiben. Es ist vom Aufwand und Nutzen her, aktuell spielt es gar keine Rolle, und wenn wenig Fahrradfahrer dort langfahren und diese Strecke, ich sage mal, viel befahren ist und auch viele Zu- und Abfahrten sind, dann würden Sie da eher wieder Gefahrenpunkte wieder erschaffen. Und zwar für genau diejenigen Verkehrsteilnehmer, den Sie ja vorgeblich immer versuchen zu schützen. Das ist der Fahrradfahrer, das ist nun mal derjenige, der, ich sage mal, den geringsten Schutz hat. Sie würden eigentlich praktisch nur wieder den Fahrradfahrer in irgendwelche Gefahrenlagen bringen und dann wieder auf die anderen zeigen, wenn wieder irgendwas passiert ist, obwohl man das anders gestalten könnte.

Frau Dr. Wünscher

Gibt es weiteren Redebedarf zu diesem Antrag, Herr Vierkant?

Herr Vierkant

Ich mache es noch kurz. Der Punkt ist einfach. An dieser Stelle wird ein Radweg geplant, ohne dass wir überhaupt die Aussicht haben, dass dieser jeweils zeitnah umgesetzt wird. Wir hatten es vorhin bei der Salinebrücke, dass da entsprechende Mehrkosten im Zweifel im

Raum stehen, die irgendwie aufgefangen werden müssen, weil man alte Planungen hat, die man frühzeitig hatte. Nun sollen hier frühzeitig Planungen gemacht werden, wenn in fünf Jahren, vielleicht in zehn Jahren, irgendwann mal die Planung, der Bau kommt. Und ich glaube, wir hatten in den letzten Jahren nie Probleme, dass irgendwie mal ein Radweg rechtzeitig geplant werden konnte, weil da doch wahrscheinlich die Planungs- und Anmeldefristen für Fördergelder relativ lang sind noch. Dementsprechend vor dem Hintergrund wird unsere Fraktion einfach diese unnütze Verschwendung von Planungsmitteln für ein nicht in Aussicht stehendes Projekt ablehnen, weil wir entsprechend wirtschaftlich denken müssen, sobald das Projekt da ist, können wir gerne darüber reden.

Frau Dr. Wünscher

Danke für diesen Beitrag. Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr, sodass wir über diesen Antrag abstimmen können. Ich bitte zuerst die sachkundigen Einwohner um ihr Votum. Wer möchte dem zustimmen? Es sind vier. Wer ist dagegen? Einer dagegen und eine Enthaltung. Damit ist dieser Antrag durch die sachkundigen Einwohner mehrheitlich positiv beschieden. Ich frage jetzt die Stadträte. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? Ich erfrage Zustimmung. Den bitte ich um sein Kartenzeichen. Es sind fünf ja. Wer ist dagegen? Das sind drei. Möchte sich noch jemand enthalten? Zwei Enthaltungen, damit ist das mehrheitlich angenommen.

-Wortprotokoll Ende-

Abstimmungsergebnis SKE: **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis SR: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit der Planung eines straßenbegleitenden Radweges zwischen Brachwitzer Straße und Binnenhafenstraße umgehend zu beginnen, um bei einer möglichen Landes- oder Bundesförderung einen baureifen Antrag vorlegen zu können. Darüber hinaus setzt sie sich zur Planung eines Anschlusses bis Morl mit **der Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt (LSBB) und ergänzend** dem Saalekreis in Verbindung, um einen durchgehenden Radweg von Halle bis in den Saalekreis zu ermöglichen.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.2 Bauleitplanung, Beteiligungen im Dezember
Vorlage: VIII/2024/00579

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 Information zum digitalen Baugenehmigungsverfahren
Vorlage: VIII/2024/00633

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Herr Aldag zur Salinebrücke und Sandangerbrücke

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Eigendorf wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Aldag

Ich habe eine Anfrage und zwar geht es nochmal um die Brücken Salinebrücke und Sandangerbrücke. Und zwar nochmal einfach eine Präzisierung, was jetzt stimmt mit den Breiten. Es gab eine Anfrage im Mai 2024, da gab es eine Antwort, dass die Breite zwischen den Geländern bei der Salinebrücke 3 Meter beträgt und für die Sandangerbrücke 4 Meter. Im Baubeschluss zur Sandangerbrücke steht aber drin, dass die auch 3 Meter hat. Und was wird denn nun gebaut? Machen wir sie alle beide in 4 Meter oder unterschiedlich? Und was stimmt denn nun? Weil da müssen wir irgendwie in den Baubeschluss nochmal gucken, wenn da 3 Meter drin steht, müssen wir das ja auch nochmal ändern.

Herr Rebenstorf

So, folgendes. Ich hatte vorhin nur zur Salinebrücke ausgeführt. Sandanger war jetzt gedanklich schon wieder weg gewesen. Sandanger ließ sich relativ leicht von drei auf vier Meter umplanen. Auch dafür kriegen Sie nochmal einen neuen Baubeschluss. Das kriegen wir aber mit der bestehenden statischen Konstruktion hin, die wir bisher dort ausgewählt haben. Die war deutlich einfacher gewesen. Bei der Saline ist es, weil wir diese Rampe dort brauchen, die einmal in der Schnecke um sich herum geht, ist es ein bisschen aufwendiger.

-Wortprotokoll Ende-

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete **Frau Dr. Wünscher** die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Ulrike Wünscher
Ausschussvorsitzende

Sarah Lange
Protokollführerin